

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Februar 2003 Nummer 253
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Aus Protest gegen Milchpreisdumping verschenkten Bäuerinnen und Bauern vor Supermärkten in Nordrhein-Westfalen Milch an Verbraucher.

Schwerpunkt

Richtung stimmt, Ausgestaltung korrigieren

Bestehendes Ungleichgewicht fürs Grünland wird in der Halbzeitbewertung fort geschrieben, so Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsministerin Höhn im Interview. Dennoch ein kleiner Schritt nach vorn.

Fazit der Abl: Korrekturen an der Modulation nötig, Bindung an die Arbeitskraft erhalten und harsche Kritik an der Milchpolitik.

Seiten 2, 3, 11 und 13

Halbzeitbewertung für Einsteiger

Erläuterungen, was sich hinter dem komplizierten Vorschlag zur aktuellen Agrarreform verbirgt auf Seite 12

Bewegung

Gerechter Milchpreis

Über die Aktion der westfälischen Bauern gegen Milch an der Theke unterm Auszahlungspreis für die Bauern.

Umfragen zur Streikbereitschaft der Bauern kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen - weil der Bauernverband streikende Milchproduzenten nicht unterstützen will, organisieren sich die Streikwilligen selbst.

Seite 3 und 8

Neuer Landesverband

Bauern gründeten den neuen Abl-Verband in Sachsen/Thüringen. Ein Bericht von der ersten Veranstaltung in Dresden.

Seite 4

International

Welthandelsorganisation

Wir subventionieren und ihr liberalisiert, ist die Position von EU und den USA in den Verhandlungen. Eine Analyse aus entwicklungs-politischer Sicht auf Seite 14

Mongolei

Zwei verheerende Kältewinter haben der Viehwirtschaft in der zentralasiatischen Steppe großen Schaden zugefügt. Aber das traditionelle Nomadentum ist auch von anderer Seite bedroht. Seite 15

Weitere Themen:

Pflanzenschutz Seite 2, Aktionsprogramm Seite 6, Grüne Woche Seite 7, Kunst Seite 16 bis 17, Milchviehfütterung Seite 20 bis 21 und vieles mehr

Im Sommer 2002 war die EU-Kommission bei ihren Vorschlägen zum Milchmarktordnung noch sehr zurückhaltend, der jetzige Vorschlag ist ruinös für Milchbäuerinnen und -bauern. Nach sehr zurückhaltenden Ausführungen zur Milchmarktordnung in der Halbzeitbewertung des Sommers 2002 liegen nun die Vorschläge der EU-Agrarkommission auf dem Tisch. Die Milchmarktreform soll um ein Jahr vorgezogen werden. Sie beinhaltet massive Stützpreissenkungen in mehreren Schritten ab 2004/05 bei Butter um insgesamt 35 und bei Magermilchpulver um 17 Prozent. Die Quoten werden bis 2008 um 4,4 Prozent auf der Basis des Jahres 1999/2000 ausgeweitet und bis

2015 festgeschrieben, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen.

Unterm Strich bedeutet das eine für uns völlig untragbare Milchpreissenkung von fast dreißig Prozent, die nur zur Hälfte durch ein kompliziertes Verfahren ausgeglichen werden soll. Ganz offensichtlich sind in Altenkirchen unsere Anliegen und Sorgen in „Sachen Milch“ bei Agrarkommissar Franz Fischler nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Gerade in diesem sensiblen Bereich wird weiter auf den Weltmarkt gesetzt. Bei uns stehen in knapp der Hälfte aller Betriebe Milchkuhe, in Grünlandregionen wird 80 Prozent des Einkommens



aus der Milch erwirtschaftet und trotzdem wird hier eine Kahlschlagpolitik betrieben. Die Schmerzgrenze ist längst erreicht, bei vielen bereits überschritten.

Warum sollen wir noch morgens und abends melken, wenn wir nicht mehr davon leben und unsere Betriebe erhalten können? Preissenkungen stellen für unsere Höfe keine Zukunft dar! Vielmehr steht an, das Überschussproblem mit einer Mengenreduzierung in den Griff zu bekommen. Schon geringe Veränderungen am Markt schlagen sich auf den Erzeugerpreise nieder, wie sich in den letzten Jahren gezeigt hat. Im Zuge der Umorientierung des Milchmarktes

KOMMENTAR

Vorschläge zum Milchmarkt ruinös

der Ausstieg aus den Exportsubventionen sind richtige Ansätze. Doch statt dessen das Ziel auszugeben, den Bauern für den Liter Milch ein Viertel weniger zu bezahlen, ist unverschämte. Das beschert lediglich der Exportindustrie einen billigen Rohstoff, womit sie die wegfallende Exportförderung ausgleichen kann. Diese Variante ist die teuerste der vier Optionen, die die Kommission im Juli vorgelegt hat. Nicht nur wir Bäuerinnen und Bauern müssen bluten, es wird auch Milliarden an Haushaltsmitteln verschlingen, die an anderer Stelle fehlen.

Bei solchen Rahmenbedingungen aus Brüssel wird das Ziel einer flächendeckenden Landwirtschaft zur Farce.

Und es werden Schatten auf das „Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft“, das Ministerin Künast nun auf den Weg gebracht hat, geworfen. Mit diesem Aktionsprogramm wurde seit Jahren erstmals wieder vom Ministerium die Fahne für die „Bäuerlichkeit“ hoch gehalten. Die geänderten Fördergrundsätze in der Gemeinschaftsaufgabe beachten stärker bäuerliche Wirtschaftsweisen und sie werden weiterentwickelt. Nun sollen eine Existenzgründungsoffensive folgen und landwirtschaftliche Arbeitsplätze bei der Umsetzung des Hartz-Konzeptes gefördert werden. Die Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen ist darin genauso zu finden wie eine dringend erforderliche Entbürokratisierung, für die eigens eine Arbeitsgruppe im Ministerium eingerichtet wird.

Bäuerliche Betriebe erhalten durch das Aktionsprogramm die ihnen gebührende Anerkennung als zukunftsfähige, durchaus moderne Wirtschaftsakteure in unserer Gesellschaft. Weitere Verbesserungen müssen nun voran getrieben werden. Die Vorschläge der Kommission zum Milchmarkt laufen diesen Hoffnungsschimmer völlig entgegen und können so auf keinen Fall hingenommen werden.

Maria Heubuch,
AbL-Bundesvorsitzende und Milchbäuerin aus dem Allgäu.

Weniger Pflanzenschutzmittel – aber wie?

Podiumsdiskussion des Pestizid Aktions-Netzwerkes in Berlin

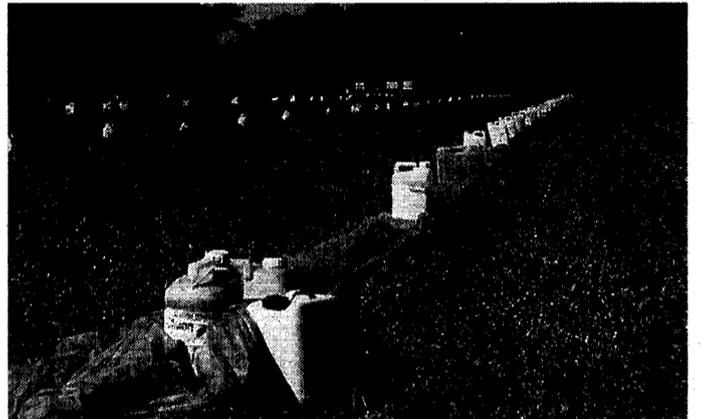
Das Bundeslandwirtschaftsministerium entwickelt derzeit eine „Strategie zur Minderung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln“. Dem Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) gelang es, zu diesem Thema auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion zu organisieren. PAN interessierte sich nach Auskunft von Geschäftsführerin Carina Weber besonders für vier Fragen: Wie viel und bis wann soll reduziert werden? Woran soll der Erfolg gemessen werden? Mit welchen Mitteln kann die Minimierung erreicht werden? Und wie steht es um die Nachprüfbarkeit der Minderung?

Matthias Berninger, Staatssekretär im Ministerium, dämpfte sogleich die Erwartung, mit konkreten Zeitplänen oder einer vorgesehenen Reduzierung in Prozentzahlen aufwarten zu können. Dass es mehr Rückstände in Nahrungsmitteln als erlaubt gibt, liegt für Berninger hauptsächlich daran, dass von den 400.000 Bauern im Land etwa die Hälfte im Nebenerwerb tätig sei und dafür vielerorts veraltete Maschinen benutze. Nach Berningers Auffassung sind allerdings importierte Lebensmittel stärker belastet als heimische – doch auch hier seien die Probleme hausgemacht. „Die spanischen Zitrusfrüchte, die besonders schonend mit Pflanzenschutzmitteln behandelt werden, können Sie in Großbritannien kaufen. Wir kriegen den Rest.“ Die englischen Zwischenhändler zahlten einen entsprechenden Preis. Dafür sei Obst und Gemüse in Großbritannien eben teurer.

Das Bundesministerium plant für März und April Gespräche „mit allen betroffenen Akteuren“. Dabei gehe es um Konsenssuche, erklärte der Staatssekretär, aber auch darum zu sehen, wo ein Wechsel politisch erzwungen werden müsse. „Es gibt Pflanzenschutzmittel, die wir für unbedenklich halten“, führte Berninger weiter aus. „Und es gibt Pestizide, an deren Verbreitung die Industrie selbst kein Interesse mehr hat.“ Aber da sei eben noch jene dritte Gruppe von Substanzen, die das Ministerium aus dem Verkehr ziehen möchte, die von den Herstellern aber auf dem Markt gehalten werden.

Als Vertreter des konventionellen Landbaus trat Harald Isermayer von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft

(DLG) auf. „Machen wir uns doch nichts vor“, sagte er. „Auch künftig wird 90 Prozent der Landwirte konventionell arbeiten.“ Mit den Pflanzenschutzmitteln habe sich viel geändert, es werde aber immer noch argumentiert als werde noch DDT gespritzt. Isermayer rief dazu auf, nicht



Pestizidkanister: am besten nur als Beschwerer benutzen.

Foto: en

„zwei Lager“ zu bilden: auf der einen Seite die biologische, auf der anderen die konventionelle Landwirtschaft. Isermayer, selbst Landwirt in Niedersachsen, ist überzeugt, dass durch sorgfältigeren Einsatz und die Weiterentwicklung der Mittel Schaden ausreichend abgewendet werden könne. Einer Verminderung der Menge stehe er offen gegenüber. „Ich bitte aber darum, von Pflanzenschutzmitteln und nicht von Pestiziden zu sprechen – schließlich sagt man ja auch zu Autos nicht Totschlaginstrumente, obwohl jedes Jahr Menschen bei Autounfällen ums Leben kommen.“

Damit erntete er prompten Widerspruch von PAN-Vorstand Rolf Altenburger. Dieser lehnt den Begriff „Pflanzenschutzmittel“ ab, weil Pestizide Pflanzen nicht schützen, sondern andere Pflanzen töten. PAN fordere eine Minderung der Mittel um 30 Prozent, die Förderung eines „klugen Konsums“ sowie ein Einsatzkataster zur Meldepflicht aller Pestizidbenutzer. Was den Verbrauch von Spritzmitteln betrifft, trat Altenburger damit beim Präsidenten des Bundesumweltamtes, Andreas Troge, offene Türen ein. „Es ist völlig widersinnig: Zwar werden die Pflanzenschutzmittel immer effektiver, trotzdem wird immer mehr davon verkauft.“

Im Gegensatz zu PAN setzt Troge aber mehr auf Belohnung statt auf Strafe. „Meiner Ansicht nach ist das Hauptproblem die unsachgemäße Anwendung.“ Und da helfe eben nur Beratung, keine strengeren Verordnungen. Schließlich sei der erste, den der falsche Gebrauch von Pestiziden gefährde, der Bauer selbst. la

Lieber verschenkt als verramscht

Milchpreise im Laden unter den Produktionskosten. Aktionen von Bauern gegen Schnäppchenjagd nach dem Lebensmittel Milch mit Rückenwind von Bundeslandwirtschaftsministerin Künast

Türen zu oder Hände auf: Ärzte schließen wegen Einkommenseinbußen gleich mal einen Tag ihre Praxen. Landwirte aus Nordrheinwestfalen reagierten freigiebiger auf das Zusammenkommen von sinkenden Auszahlungspreisen und Schleuderpreisen für Milch im Supermarkt. Als Antwort auf das Sonderangebot der Lebensmittelkette Famila kauften sie Milch gleich Einkaufswagenladung für Einkaufswagenladung auf und verschenkten sie vor den Läden an vertutzte Kunden. „Viele Verbraucher haben sich Gedanken gemacht, dass es nicht geht, wenn schon der Landwirt 30 Cent von der Hellweg Molkerei Soest für den Liter Milch bekommen, der dann für 24 Cent in der Kühltheke liegt,“ so Landwirt Gerd Wedell. Mit Transparenten, Plakaten und Kühen machten die Landwirte auf die Folgen des Dumpings aufmerksam: Durch die Schleuderpreise werde die Wertschätzung für Lebensmittel kaputtgemacht, erklärte Gerd Wedell.

Auf den Grünlandstandorten gibt es kaum Alternativen zur Milchviehhaltung, die solche Preise auf Dauer nicht tragen könne.

Mitarbeiter der Famila-Märkte zeigten Verständnis für die Aktion der Bauern. Die Werbung für billige Milch sei jedoch notwendig, um in der Konkurrenz mit Discountern mithalten zu können. Die Bauern betonten: „Es geht nicht gegen das Unternehmen Bremke und Hörster, sondern gegen die Tatsache, dass Milch zu Dumpingpreisen angeboten wird“. Alleine die Produktionskosten für Milch betragen bei Anrechnung aller Kosten 30 Cent je Kilogramm. Erst bei höheren Auszahlungspreisen wird daran verdient.

Schleuderpreise zerstören Landwirtschaft

Zum Auftakt der Grünen Woche in Berlin wies auch Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast auf die zer-

störischen Folgen von Billig- und Billigst-Lebensmitteln hin. Und sie bekräftigte eine Woche später nochmal gegenüber der *Frankfurter Rundschau*, dass Qualität ihren Preis hat: „Was soll ein Landwirt tun, der seine Schweine ohne antibiotische Leistungsförderer füttert, der sich um die Umwelt sorgt, der einen Mehraufwand hat und keine oder sehr wenig Pestizide benutzt – und feststellen muss: Keiner kauft mir die Sachen ab, weil sie zu teuer sind.“ AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch erinnert daran, dass die Rechnung für Jagd nach Schnäppchen von allen gezahlt werde, wie die Skandale der Vergangenheit zeigten. Eine bäuerliche Landwirtschaft, die umwelt- und

tierfreundlich wirtschaftete, halte Billigpreise nicht lange durch. *ms*



Zu Preisen unter Erzeugungskosten bekommen Milchviehbauern keinen Boden unter die Füße. Foto: Erdmanski

Fehler nicht stets aufs Neue wiederholen

Anmerkungen zur Milchmarktreform aus bäuerlicher Sicht

Ausgang für die auf dem Tisch liegenden Verordnungen der EU-Kommission zur Milchpolitik sind die Beschlüsse des europäischen Gipfels 1999 in Berlin. Die Agenda 2000 wies im Bereich des Milchmarktes bereits in die falsche Richtung: Beibehaltung von Exportsubventionen und Intervention, Preissenkung bei zugleich ungenügendem Ausgleich, Ausdehnung der Quote, ein Interventionspreis, der nach unten zeigte. Damals wurden Reformen der Milchmarktordnung auf das Ende des Planungszeitraums verschoben. Gedacht war, die Quote 2008 auslaufen zu lassen, wenn keine neue verlängernde Entscheidung dazu gefasst würde. Die Mitteilung der Kommission vom Juni 2002 ließ noch verschiedene Optionen der Milchmarktentwicklung offen.

Vorschläge im Einzelnen:

Die jetzigen Legislativvorschläge der Kommission zeigen deutlich in die 1999 bereits eingeschlagene Richtung:

- Die Agenda 2000 Beschlüsse sollen um ein Jahr auf 2004 vorgezogen, ausgebaut und bis 2008 umgesetzt werden. Das bedeutet die Anhebung der Quote in Stufen um 3,5 statt 1,5 Prozent.
- Interventionspreissenkung um durchschnittlich 26 Prozent. Aufgesplittet:

a) bei Magermilchpulver um 3,5 Prozent in mehreren Schritten auf 27 Prozent in 2008.

b) bei Butter um jährlich 7 Prozent, um zu einer Preissenkung von insgesamt 35 Prozent zu kommen.

- Ausgleichszahlungen von knapp 50 Prozent für die Interventionspreissenkungen. Wobei die Kommission von nur 15prozentigen Preissenkungen für die Bauern infolge der Maßnahmen ausgeht.

- Die Interventionspreissenkung bedeutet 2008 bei Richtpreisen von gut 22 Cent/kg Milch ein Einsetzen der Intervention unter 20 Cent/kg. Nur noch 30.000 t Butter sollen in die Intervention genommen werden, anschließend sind Ausschreibungen möglich.

- Die Prämien bzw. Ausgleichszahlungen für die Preissenkungen sollen ab 2004 zeitgleich beginnen und sofort entkoppelt werden.

- Die Quotenregelung wird bis 2014/15 verlängert.

Bewertung der Beschlüsse:

- Vorteile hat die Ernährungsindustrie und die Exportwirtschaft. Sie können mit billigen Rohstoffen planen und auf billige Märkte drängen.

- Die Marktschätzungen der Kommission sind zu optimistisch. Auf nachfra-

ge-unelastischen Märkten wie bei Milch und Milchprodukten ist die Wirkung selbst kleiner Mengenausdehnungen stark preissenkend.

- Solange wir eine Quote haben, kann der Weg nur sein, sie auch aktiv zu bewirtschaften. Sie muss laufend angepasst werden an den Binnenmarkt und höherpreisige Exportnachfragen. Solange nicht zielstrebig aus der Intervention ausgestiegen wird, gibt es deutliche Zeichen für die konzentrierte aufnehmende Hand, die Preise zu drücken.

Die Entkoppelung ist grundsätzlich zu begrüßen. Sie wird aber auf Betrieben mit viel Grünlandfütterung für Milchvieh zu minimalen Prämienansprüchen führen. Hier kann es auch den Weg geben, die Prämien für Milch, Rindfleisch, Grundfuttermais auf das Grünland um zu verteilen. Sinn macht auch die Möglichkeit, die gleichmäßige Umlagerung aller Prämien im regionalen Bereich – wie einem Bundesland – auf alle landwirtschaftlichen Flächen als Grundprämie mit einer Bindung an die Arbeitskraft.

- Die Quotenregelung wird bei den geplanten Vorschlägen wirkungslos. Ein Verlängerung bis 2015 wäre nur Makulatur. Wobei es je nach nationaler Quo-

tengestaltung noch zu erheblichem Kapitalabfluss kommen kann.

- Die öffentlichen Haushalte werden erneut belastet und damit auch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Sind doch seit 1984 die Ausgaben für die Milchmarktordnung von 40 Prozent auf jetzt noch 6,5 Prozent des EU-Haushaltes gesunken, das heißt noch knapp 2 Mrd. Euro. Die Kosten allein für die Getreidemarktordnung sind seit 1990 von 8 Mrd. Euro auf heute 18 Mrd. Euro gestiegen.

Fazit:

Selbstverständlich ist die soziale Verteilung der EU-Agrarhaushaltsmittel eine große Ungerechtigkeit. Die Fehler der vergangenen Reformen dürfen nicht immer neu wiederholt und fortgesetzt werden. Das benötigte Geld für einen sozial gerechten Ausgleich ist nicht erkennbar. Die Umsetzung der Milchvorschläge wird zu einem Strukturwandel in der Vielfalt der Landwirtschaft und ihren Höfen führen. Eine neue Welle von Betriebsaufgaben und damit Arbeitsplätzen und Existenzverlusten würde eingeläutet.

Bernd Voss, Mitglied im Bundesvorstand der AbL und Milchbauer aus Schleswig-Holstein

Bauern aus allen Kontinenten treffen sich beim Weltsozialforum

In Porto Alegre trafen sich vom 21. bis zum 23. Januar auf Initiative von Via Campesina Bäuerinnen und Bauern aus aller Welt. Im Vorfeld des in der brasilianischen Stadt veranstalteten Weltsozialforums versammelten sich mehr als 300 Bäuerinnen und Bauern aus Asien, Amerika, Europa und Ozeanien.

Diskutiert wurde unter anderem die Verarmung vieler Bauern sowie die Privatisierung des Zugangs zu lebensnotwendigen Ressourcen wie Land und Trinkwasser zugunsten transnationaler Konzerne. Diese Politik gehe einher mit einer Militarisierung einzelner Länder, manchmal als Krieg, manchmal unter dem Deckmantel einer Bekämpfung von Drogenkriminalität. Ungeachtet der immer schlechter werdenden Situation vieler Menschen insbesondere in ländlichen Gebieten werde weiterhin eine neoliberale Politik verfolgt.

Es wurde auf dem Treffen an das Schicksal von José Bové erinnert, der 14 Monate im Gefängnis verbringen soll. Ein weiteres Thema waren die zu erwartenden Folgen der in fünf Jahren vereinbarten Freihandelszone mit Mexiko und den Vereinigten Staaten, die unzählige mexikanische Bauern ins Elend zu stoßen droht. Die Versammelten beschloss, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um öffentlich zu diskutieren, wie die Situation der Landarbeiter verbessert werden kann. la

E-Mail-Aktion gegen Nestlé

Die äthiopische Regierung und Nestlé haben sich in ihrem Streit um Entschädigungsforderungen geeinigt. Nestlé verlangt statt sechs Mio. US\$ nur noch 1,5 Mio. und will diese Summe sofort nach Erhalt zur Bekämpfung der Hungersnot in Äthiopien zu investieren. Oxfam International hatte Nestlé über eine E-Mail-Kampagne gedrängt, die Forderung fallen zu lassen. Innerhalb kürzester Zeit waren nach Angaben der Organisation 40.000 E-Mails an Nestlé geschickt worden. Hintergrund der Geldforderung war die bereits 1975 vorgenommene Verstaatlichung eines Viehzucht-Unternehmens, das die Nestlé Deutschland Aktiengesellschaft vor kurzem erworben hatte. Äthiopien war prinzipiell zu einer Zahlung bereit, jedoch nur in Höhe von 1,5 Mio. US\$. Die unterschiedlichen Summen ergeben sich aus Differenzen der Wechselkurse 1975 und 2002. la

Schweizer Bauernverband gegen Gentechnik

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) unterstützt die Verfassungsinitiative für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft, gemeinsam mit anderen Bauern-, Verbraucher-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. Die Kleinbauern-Vereinigung und „Bio Suisse“ zeigten sich erfreut über die SBV-Entscheidung, sie könne Anreiz für weitere gemeinsame Zukunftslösungen sein. en

Klare gereichte Feindbilder

In der Zeitung des mecklenburg-vorpommerschen Bauernverbandes verkündete dessen Präsident Klaus Griepentog: „Wenn wir Bauern einig bleiben, gesund und munter, kriegen uns weder Künast Fischler noch Gerke unter.“ Zu diesen Wünschen für das Jahr 2003 kann der AbL-Landesvorsitzende Jörg Gerke nur schmunzeln.

Keine Scheu vor Wachstum

Einen Kurswechsel in den bayerischen Landwirtschaftspolitik fordert der Präsident des Deutschen Bauernverbandes. Zu lange habe Wachstum als Sünde gegolten, Wettbewerbsfähigkeit sei vernachlässigt worden, Niedersachsen habe als Agrarland Bayern überholt, erklärte Sonnleitner. Die bayerische AbL weist die Kritik an den bäuerliche Familienbetrieben mit ihren hervorragenden Leistungen für Landschaft und Kultur aufs schärfste zurück. ms

KURZES AM RANDE

Neuer AbL-Landesverband

Am 11. Januar 2003 gründete sich im Dresdner Kulturpalast der Landesverband Sachsen/Thüringen. Jörg Klemm berichtet über das Treffen

Im Vorfeld dieser Veranstaltung nutzte ich jede freie Minute, um Landwirte und Verbraucher für diese Veranstaltung zu begeistern. Dabei fiel mir vor allem auf, dass Bäuerinnen und Bauern ihr Vertrauen in die Politik und damit natürlich auch in die ortsansässigen Verbände verloren haben. Deshalb fiel es mir schwer, sie davon zu überzeugen, dass gerade die AbL eine wirkliche Alternative zu allen anderen Interessenvertretungen ist. Dem größten Teil der Landwirte war die AbL völlig unbekannt, deshalb gilt es, in Sachsen und Thüringen besonderes Augenmerk auf die Öffentlichkeitsarbeit zu legen.

Des Weiteren war zu bemerken, dass die wenigsten Landwirte sich mit den Wahlprogrammen der verschiedenen Parteien zur Bundestagswahl beschäftigt hatten, und so kamen die Bündnisgrünen mit ihrer Bundesministerin am schlechtesten weg. Dies ist meiner Meinung nach der geschickten Öffentlichkeitsarbeit des Bauernverbandes sowie gleich geschalteten Agrarpolitikern und Medien in Ostdeutschland zu verdanken. Deshalb ist es für Freunde einer bäuerlichen Struktur auch im Osten Deutschlands von existenzieller Bedeutung, dieses Feld nicht unseren politischen Gegnern zu überlassen.

Endlich füllte sich der Saal

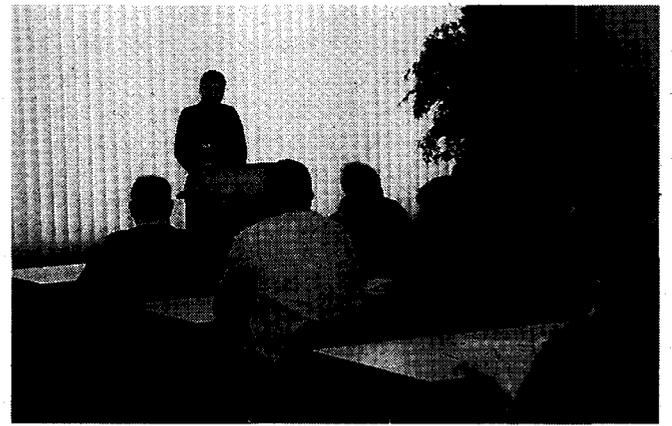
Zur AbL-Veranstaltung: Wir hatten einen Raum mit 70 Plätzen gemietet, und 15 Minuten vor Beginn war dieser erst zu einem Viertel gefüllt. Jeder kann sich vorstellen, wie mir zumute war. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt. Und tatsächlich hatten zu Beginn der Veranstaltung mehr als 50 Interessenten Platz genommen.

Zuerst begrüßte ich die Versammelten und brachte meine Freude über die zahlreiche Teilnahme zu Ausdruck. Dann erzählte ich von meinen Gründen, ein solches Treffen zu organisieren und wie ich zur AbL kam. Anschließend übergab ich das Wort an Anneliese Schmech, die die Versammelten im Namen der Kollegen aus den alten Bundesländern herzlich grüßte. Sie hob die besondere Rolle der Bäuerinnen in der AbL hervor und machte den Frauen Mut, sich auch hier zu engagieren. Als Bundesgeschäftsführer hielt Georg Janßen ein Referat, in dem er die AbL und ihre Geschichte vorstellte.

Dann sprach Jörg Gerke als Beauftragter

des Bundesvorstands für Ostdeutschland über spezielle Probleme im Osten wie zum Beispiel die BVVG-Flächenvergabepraxis, die Altschuldenregelung bei LPG-Nachfolgern und andere haarsträubende Ungerechtigkeiten.

Als letzter hielt der Bundesvorsitzende und Europaabgeordneter Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf einen Vortrag über Pläne für Änderungen der EU-Agrarpolitik und notwendige Veränderungen aus Sicht



Vorsitzender Jörg Klemm

Foto: AbL

der AbL. Anschließend kam es zu einer angeregten und konstruktiven Diskussion, in deren Verlauf einige ortsansässige Bauern ihre Situation schilderten, wobei häufig deren Unmut über Praktiken der sächsischen Agrarverwaltung zum Ausdruck kam.

Landesvorstand gewählt

Nach dem Ende der Diskussion wurde von den Versammelten das Interesse an der Gründung eines Landesverbandes bekundet. Im weiteren Verlauf gründeten wir den Landesverband Sachsen/Thüringen mit knapp 20 Mitgliedern und wählten den fünfköpfigen Vorstand. Diesem gehört Denise Pötschan an, die mit ihrem Mann einen Gemischtbetrieb mit intensiver Direktvermarktung in Erlbach-Kirchberg bei Chemnitz bewirtschaftet, Andreas Kucka, der mit seiner Familie das Pfarrgut Kropf in Schrebitz bei Ostrau führt, und Tino Gerlach aus Löbismüh bei Görlitz, der gerade einen Milchviehbetrieb aufbaut. Dann zähle ich dazu, der ich selbst einen 35 ha-Betrieb im mittleren Erzgebirge nicht weit von Freiberg bewirtschaftete, und schließlich die stellvertretende Landesvorsitzende Suse Lempe, die mit ihrem Freund einen Bio-Betrieb im Nebenerwerb bei Nossen betreibt.

Zum Schluss möchte ich mich als Landesvorsitzender bei allen bedanken, die unsere Veranstaltung zu einem Erfolg geführt haben, besonders bei Georg Janßen, Anneliese Schmech und meiner Familie.

Jörg Klemm, Kontakt: ☎ 037323-50129

Was geschieht am Morgen danach?

Falls die Auskunftspflicht beim Nachbau fällt, sind Alternativlösungen gefragt

Noch hat der Europäische Gerichtshof sein Urteil zu Nachbaugebühren und Auskunftspflicht nicht gesprochen und trotzdem geht es natürlich längst darum, was folgt, wenn die Ausforschung der Bäuerinnen und Bauern per Gerichtsbeschluss hinfällig werden sollte. Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) sieht und diskutiert zur Zeit zwei Möglichkeiten, wie auch ohne Auskunftspflicht ein Interessenausgleich zwischen Pflanzenzüchtern und den Bäuerinnen und Bauern gewährleistet werden kann. Beide Varianten beinhalten Haken und Ösen, müssen noch konsequenter weitergedacht werden. Es ist davon auszugehen, dass sie weder bei den Pflanzenzüchtern noch beim Bauernverband auf uneingeschränkte Begeisterung stoßen. Aber sie sind der Anfang vom Ende der Ausforschung und Kontrolle.

Saatgut- oder Nachbaufonds

Allein das Wort „Fonds“ weckt wahrscheinlich bei vielen Bäuerinnen und Bauern negative Assoziationen, fällt ihnen doch gleich der Absatzfonds und die leidige CMA dazu ein. Dabei mangelt es dort hauptsächlich an der vernünftigen Ausgestaltung – eine Fehlerquelle, die auch einen Nachbaufonds problematisch werden lassen könnte aber eben nicht müsste. Noch ist die zum Thema eingesetzte Arbeitsgruppe mit Vertretern von Ministerium (BMVEL), Bauernverband, Züchtern und IGN nicht in die Detaildiskussionen eingestiegen. Bisher geht es also lediglich um einen Topf, in den alle Beteiligten, also Bäuerinnen oder Bauern, Züchter und unter Umständen auch der Bund einzahlen. Aus dem Topf flösse das Geld dann wieder zurück an die Pflanzenzüchter. So weit, so einfach.

Marktwirtschaftliches Modell

Hinter dem Begriff des „Marktwirtschaftlichen Modells“ verbirgt sich nicht wirklich ein neues Konstrukt, in dem die Züchter auf anderem als dem bisherigen Wege an Nachbaugebühren herankommen. Es geht vielmehr darum, zertifiziertes (Z)-Saatgut preislich der Verwendung von Nachbausaatgut so weit anzunähern, dass es zumindest aus dem finanziellen Aspekt heraus unattraktiv wird, Nachbau zu betreiben. Die zunehmende Verwendung von Nachbausaatgut war einst Argument der Züchter für die Einführung der Nachbaugebühren, also sollten bei einem hohen Einsatz von Z-Saatgut diese auch wieder hinfällig werden. Entscheidender Ansatzpunkt für die Verbilligung von Z-Saatgut sind sicherlich die zum Teil sehr hohen Handelsspannen der zwischen Züchtern und Bauern stehenden Vertriebsorganisationen. Hier gilt es zunächst transparent zu machen, wer wo am Saatgut verdient. Unter Umständen lassen sich durch die Einführungen direkterer Handelsbeziehungen zwischen Züchtern und Bauern bereits die Preise so weit herunterschrauben, das der Doppelzentner Saatgetreide nicht mehr 40 sondern 30 Euro kostet.

CS



Auch wenn gerade an der Oberfläche nichts passiert, wird hinter den Kulissen eifrig an der Nachbaufrage gearbeitet. Foto: Febl

„Irreführender Eindruck“

„In dem oben genannten Musterschreiben werden hinsichtlich der Auskunftspflicht der Landwirte rechtlich unzutreffende Behauptungen aufgestellt. Es wird der irreführende Eindruck erweckt, dass der Adressat zur Auskunft verpflichtet sei; ...“ Anlass für das Papier, aus dem diese Stellungnahme zitiert wird, ist das Drohschreiben der Saatgut Treuhand (STV)-Anwaltskanzlei Luther und Menold, das vor Weihnachten Hunderte von Bäuerinnen und Bauern in Aufregung versetzte. Zitiert wird hier aber nicht etwa die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, sondern – man höre und staune – der deutsche Bauernverband (DBV). In der verbandsoffenen Abhandlung über die dreisten Argumente, mit denen die STV-Anwälte erneut versucht hatten, Bäuerinnen und Bauern einzuschüchtern, ergreift der DBV erstmals Partei für seine Mitglieder. Leider steht am Ende aber dann doch wieder die Empfehlung – wenn auch eingeschränkt – auf das Auskunftersuchen einzugehen. Ganz so weit ist man eben doch noch nicht. Dabei ist die Stimmung auf Versammlungen zum Thema längst nicht mehr nur mäßig. Forderungen nach dem Ende der Auskunftspflicht gehen durchaus auch einher mit Vorstößen, doch gleich die ganze STV abzuschaffen.

Saatgutfonds

Der Teufel liegt im Detail.

– Wer zahlt ein? Nach den Vorstellungen der IGN sollten gar nicht unbedingt die Bäuerinnen und Bauern oder die Züchter in den Fonds einzahlen, sondern vielmehr die Verbände, in denen sie organisiert sind.

– Wie viel wird eingezahlt? Welches Volumen soll eigentlich dieser Fonds beinhalten?

– Wer erhält was aus dem Fonds? Das Geld sollte laut IGN weder nach dem Gießkannenprinzip noch nach dem Motto: „Wer viel hat, der kriegt viel“ verteilt werden. Geht es nach dem Willen der IGN, so wird ein paritätisch besetztes Gremium aus den einzahlenden Parteien darüber entscheiden. Dabei sollten zuvor Kriterien festgelegt werden, nach denen entschieden wird. Wünschenswert sind natürlich Kriterien, die die bäuerlichen Interessen innerhalb der Pflanzenzüchtung wieder stärker zur Geltung bringen. Vorstellbar sind Kriterien wie:

- Verzicht auf Gentechnik
- Besondere Wertlegung auf Zuchtziele jenseits dem der „Ertragssteigerung“ wie „Pflanzengesundheit/Resistenzen“, „Erhalt der genetischen Vielfalt“, „Regionalität“, „Berücksichtigung der besonderen Ansprüche extensiver oder ökologischer Anbauverfahren“ usw.
- (weitestgehender) Erhalt eigenständiger, von multinationalen Konzernen unabhängiger Unternehmensstrukturen
- ...

Marktwirtschaftliches Modell:

– Bei Konzepten, die auf Kostenreduktion setzen, ist es kein Geheimnis, dass fast immer das Glied am Ende der Kette den gedrückten Preis tragen muss. In diesem Fall wären auch das – wie so oft – Bäuerinnen und Bauern, nämlich die Saatgut-Vervielfacher. Nur durch echte Umstrukturierungen (das „Ausschalten“ von Handelsunternehmen aus der Saatgutvertriebskette) ließen sich Saatgutpreis-Reduktionen gewährleisten, die nicht am Ende von den Bäuerinnen und Bauern bezahlt werden.

– Wo liegt die prozentuale Schwelle, über die der Einsatz von Z-Saatgut wandern muss, damit die Züchter bereit wären, auf Nachbaugebühren zu verzichten? Und was passiert, wenn der Nachbau irgendwann – weil beispielsweise die Getreidepreise noch weiter verfallen sind – wieder über diese magische Schwelle ansteigt?

– Gibt es in diesem System eine Möglichkeit besondere Leistungen der Pflanzenzüchter (s. Vergabekriterien für den Nachbaufonds) zu honorieren?

– In wie weit muss sich auch die Qualität von Z-Saatgut verbessern, damit dessen Einsatz auf den Äckern zunimmt? (Eine Absenkung der Keimfähigkeitsgrenze für Z-Saatgut von 90 auf 85 % wie jüngst durchgeführt, verteuert das Saatgut, da die Menge, die die Bäuerin oder der Bauer auf dem Hektar aussäen muss, um die gleiche Bestandsdichte zu erreichen, erhöht werden muss.



Umfrage zur bäuerlichen Landwirtschaft gestartet

Seit Mitte Januar sind Bäuerinnen und Bauern nach ihren Vorstellungen zu bäuerlichen Landwirtschaft gefragt.

Einmischung erwünscht – Sagen Sie Ihre Meinung“, damit startet die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft eine breit angelegte Umfrage unter Bäuerinnen und Bauern zum Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft. „Die bäuerliche Milchwirtschaft benötigt Rahmenbedingungen, unter denen sich ein vernünftiger Milchpreis bilden kann. An Milch mangelt es nicht, eine Quotenausdehnung hilft uns ebenso wenig wie die Abschaffung der Quoten.“ Einer von 15 Punkten zu denen die AbL die Meinungen und Positionen von Bäuerinnen und Bauern einholen will. Werden die Anliegen unterstützt, abgelehnt oder um weitere Vorschläge ergänzt? Ziel der Aktion ist, ein breites Bild der Positionen zur bäuerlichen Landwirtschaft zu erfassen. Den Auftakt bildete die Grüne Woche in Berlin, auf der Friedrich Wilhelm Graefe zu Baring-

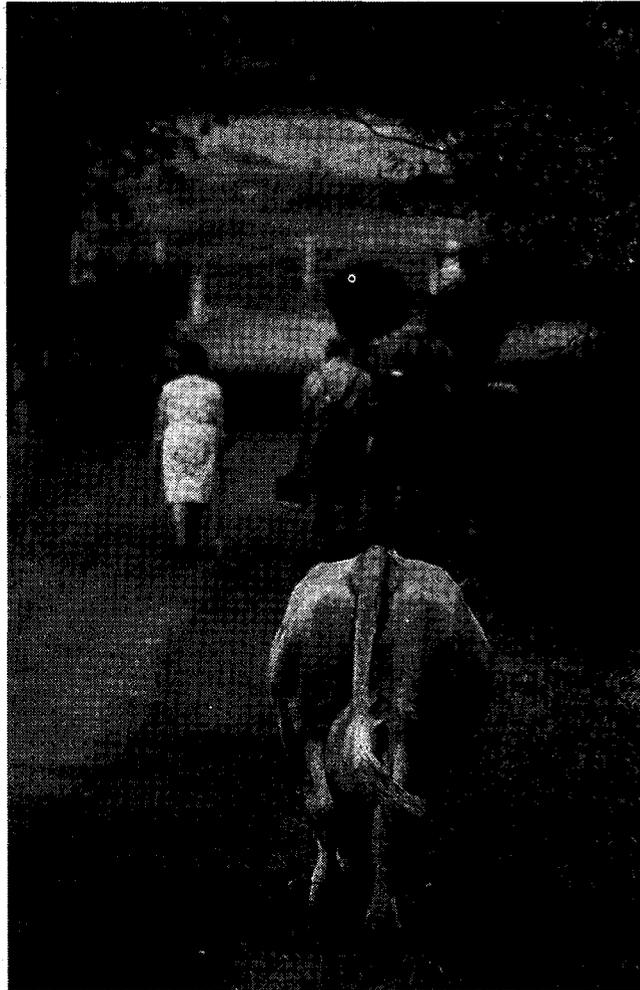
dorf, Bundesvorsitzender der AbL, die Aktion der Öffentlichkeit vorstellte. Bis zum Sommer werden die Fragebögen verteilt, ausgewertet, um dann aktiv an das Aktionsprogramm des Bundeslandwirtschaftsministeriums heranzutragen zu werden.

■ ■
Von wem sollen Anregungen zur aktuellen Agrarpolitik und Zukunft der Landwirtschaft kommen wenn nicht von den Bäuerinnen und Bauern selbst?

Recht auf gebührenfreien Nachbau

Weitere Punkte der Umfrage sind die Einbeziehung des Grünlands in das Prämiensystem, artgerechte Nutztierhaltung wie im Neuland-Programm:

„Nachdem Investitionsförderung, Wissenschaft und Beratung über Jahrzehnte hinweg in Richtung Wachstum und rationalisierte agrarindustrielle Systeme gewirkt haben, ist es nun an der Zeit, die bäu-



Damit auch weiterhin Kühe auf die Weide kommen und eine flächendeckende Landwirtschaft erhalten bleibt, braucht das Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft viele Anregungen, Kritik und Ergänzungen von Bauern.
Foto: Archiv

erliche, artgerechte Tierhaltung voranzubringen – zum Wohl der Tiere und um Qualitätsmärkte wirtschaftlich für viele Betriebe zu erschließen.“ Selbstverständlich fehlt nicht der Hinweis auf das uralte bäuerliche Recht, die eigene Ernte wiederaussäen und mit den eigenen Tieren züchten zu dürfen. Um vernünftige politische Rahmenbedingungen zu schaffen, setzt die AbL weiterhin auf Gespräche und Bündnisse mit Gruppen aus dem Bereich Landwirtschaft, Natur, Tierschutz und soziale Gerechtigkeit.

Praktische Umsetzung braucht viele Stimmen

Zu beziehen ist das Positionspapier und die Umfrage bei der AbL-Bundesgeschäftsstelle in Hamm (s. S. 23). In den nächsten Monaten wird es an möglichst viele Bäuerinnen und Bauern verteilt. Denn nur bei breiter Beteiligung kann das Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft vielen Höfen attraktive, praktisch anwendbare Umsetzungsschritte bieten.

ms

„Ohne uns Bauern und Bäuerinnen wird nicht viel passieren“

Für Zurücklehnen und Vertrauen auf das gute Gedeihen des Aktionsprogramms bäuerliche Landwirtschaft des Ministeriums ist es zu früh, so der Bundestagsabgeordnete Friedrich Ostendorff.

Zum Glück sind Bauern das Warten gewohnt: auf das Ende des Regens während der Ernte, auf den Beginn des Kalbens oder dass endlich das Geld für die seit Monaten beantragte Förderungen bewilligt und überwiesen wird. Der Start des Aktionsprogramms bäuerliche Landwirtschaft strapaziert bei aller Vorfreude die Geduld von Bäuerinnen und Bauern. Vor über einem Jahr angekündigt, bekräftigte Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast auf der Grünen Woche in Berlin erneut ihren Plan. Bleibt nur Vertrauen, dass der Keimvorgang im Verborgenen bald beendet ist:

Was ausgesät wurde, ist bekannt: Die drei Bereiche Existenzgründung, Hartz-Programm und Entbürokratisierung für die Landwirtschaft sind etwas ausgefeilt worden. Hatte doch die Halle des Ministeriums (BMVEL) auf der

Grünen Woche schon das Motto „Bäuerliche Landwirtschaft“, ist im in dem Positionspapier des BMVEL der neue Ton einer anderen Agrarpolitik nicht mehr zu überhören: „Unter den derzeitigen ökonomischen Rahmenbedingungen sind weitere Hilfestellungen für bäuerliche Betriebe notwendig, weil einerseits die gewünschten gesellschaftlichen Leistungen nicht über den Preis honoriert werden und andererseits gerade bäuerliche Betrieb von den Prämien der 1. Säule nur in unterdurchschnittlichem Umfang profitieren“.

Vier Schwerpunkte

Die einzelnen Maßnahmen des Aktionsprogramms sind wenig kostenträchtig. Unter das Programm wird so die Umschichtung der Förderungen über die Gemeinschaftsaufgabe mitge-

zählt. Besonders tiergerechte Tierhaltung, Verarbeitung und Vermarktung regional und ökologisch erzeugter Produkte sowie die Einkommensdiversifizierung werden schon gefördert.

Um auf die Höfe neues Leben zu bringen, wird die Übernahme von Höfen unterstützt: Hofbörsen, verbesserte Beratung für Quereinsteiger, flexiblere Handhabung der Junglandwirteförderung, die wahlweise auch als Investitionsförderung genutzt werden kann. Selbst bei der Vergabe von BVVG-Flächen soll künftig die Schaffung von Arbeitsplätzen stärker beachtet werden. Beim Hartz-Konzept wird nun auch der Bereich Landwirtschaft miteinbezogen. Idee ist, dass sich Arbeitslose auch in grünen Berufen selbstständig machen können und dabei Zuschüsse erhalten.

Um regionale und Direktvermarktung

zu erleichtern, soll der Berg an Auflagen durchforstet werden. Ziel sei eine Entbürokratisierung. Das spricht den Bäuerinnen und Bauern aus dem Herzen. Ob spürbar Regeln gelockert werden, wenn EU-Vorgaben, Verbraucher- und Umweltschutz gewahrt werden soll, ist zu bezweifeln. Der Trend geht zu mehr statt zu weniger Vorschriften.

Auf den Weg bringen

Für den Bauern und Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorff trägt das Programm die Handschrift der AbL: „Ich glaube nicht, dass wir uns nun zurücklehnen können und darauf setzen 'macht mal'. Dann wird nicht viel passieren. Es kommt auf uns an. Wir müssen jetzt an zwei, drei oder vier Stellen schauen, wie wir etwas auf den Weg bringen können. Erst mal ist es da und wir freuen uns.“

ms

Geiz als Zeitgeist?

Preisdiskussion führte Künast, Graefe zu Baringdorf, Edda Müller und Sonnleitner zusammen

Dank des Vorstoßes von Ministerin Renate Künast ist es der Grünen Woche 2003 gelungen, den (gerechten) Preis wieder auf die allgemeine politische Tagesordnung zu heben. „Die Arbeit auf den landwirtschaftlichen Betrieben muss ordentlich bezahlt werden“, sagte Künast auf einem Forum des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen während der Messe. Dagegen scheinere der aktuelle Zeitgeist in dem Slogan „Geiz ist geil“ zu gipfeln. „Dieses Niveau wird der Spaßgesellschaft nur kurzfristig Spaß bereiten.“ Notwendig sei eine „neue Preiskultur“, zu der auch gehöre, dass der Preis die Wahrheit über die Kosten aussage, auch über die Kosten der Allgemeinheit, d.h. der Steuerzahler. Ebenso gehöre dazu ein Bewusstsein, dass „wir Billig-billig-Landschaften bekommen, wenn wir billig-billig einkaufen“. Aufgabe der Politik sei es, für dienliche

Rahmenbedingungen zu sorgen. Am Beispiel der EU-Agrarpolitik machte sie allerdings deutlich: „Es braucht Mehrheiten, um überhaupt zu Reformen zu kommen.“

Den Veranstaltern war es gelungen, auf Künast sowohl den AbL-Vorsitzenden Graefe zu Baringdorf als auch DBV-Präsident Sonnleitner antworten zu lassen. In der Preisfrage unterstützten beide den Vorstoß der Ministerin. Bei der Reform der EU-Agrarpolitik aber schieden sich die Geister.

Prof. Edda Müller, Vorstand des „Verbraucherzentralen Bundesverband“, räumte zur Preisdiskussion selbstkritisch ein, dass viele den (niedrigen) Preis in den Vordergrund gerückt hätten. Seit einigen Jahren betonten die Verbraucherzentralen aber den Zusammenhang, dass gute Qualität ihren Preis haben müsse. *uj*

Der Vielfalt einen Namen geben

Rote, blaue und gelbe Kartoffeln. Der Vielfalt einen Namen gaben EU-Agrarkommissar Fischler, Verbraucherschutzministerin Künast, der ungarische Landwirtschaftsminister Németh und der Europaabgeordnete Graefe zu Baringdorf. Bei der Kartoffeltaufe vom Naturschutzbund, NABU und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin haben sie vier werdende Kartoffelsorten aus bäuerlicher Pflanzenzüchtung probiert, den Geschmack diskutiert und anschließend getauft.

„Zu einer Öko-Kartoffel, die dem Verbraucher schmeckt, gehört auch die Züchtung“, meinte Bauer und Züchter Karsten Ellenberg.

„Mit dieser Aktion wollen ABL und NABU auf die Bedeutung einer bäuerlichen und standortgerechten Pflanzen-



„Kartoffeltaufe auf der Grünen Woche: Heidekiplfer“ nannte Ministerin Künast eine gelbe hörnchenförmige Gourmetkartoffel, die rotfleischige wurde von Minister Németh auf den Namen „Piroschka“ und die rundliche gelbe von Graefe zu Baringdorf auf Emma getauft. Die blaue Knolle weckte bei Agrarkommissar Fischler künstlerische Assoziationen. Er gab ihr den Namen „Die Blaue Reiterin“.

züchtung für eine lebendige und nachhaltige Landwirtschaft im erweiterten Europa hinweisen,“ erklärte Projektleiterin Cornelia Wiethaler.

Die anstehende Anpassung gesetzlicher Rahmenbedingungen, die den Handel mit alten, kleinen oder regionalen Sorten ermöglichen, ist ebenfalls ein wichtiger Baustein. *pm*

Artgerecht nur mit Ringelschwanz

Etwas Neues hat sich Neuland für seine Kampagne „Artgerecht nur mit Ringelschwanz“ einfallen lassen. Die Schirmherrin Renate Künast zeichnete an Bild von langschwänzigen Schweinen, das im Internet versteigert wurde. Auf der Grünen Wo-

che überreichte die Bundeslandwirtschaftsministerin ihr Bild an Klaus-Peter Mann, der es für seine Frau ersteigert hatte. Der Erlös der Aktion kommt „Sterntaler“ zugute, einer Organisation, die sich Menschen in Notsituationen einsetzt. *pm*

KURZES AM RANDE

Artgerechtigkeit vor dem Richter

Eigentlich war ein Kompromiss gefunden – ein tragfähiger, denn nach langen Beratungen stimmten ihm auch die Bauernverbände im Rheinland und in Westfalen-Lippe zu. Es ging um den so genannten „Kuschelerlass“ des MUNLV in Düsseldorf. Dieser traf auf Landesebene Regelungen zur Schweinehaltung mit bau- und genehmigungsrechtlichen Auswirkungen, weil der Bundeserlass außer Kraft gesetzt worden war.

Da nach §2 Tierschutzgesetz Tiere artgerecht gehalten werden müssen, wurde die Fensterfläche vergrößert, den Tieren Beschäftigungsmaterial angeboten und mehr Platz eingeräumt, der teilweise ohne Spaltenboden sein sollte. Eine erste Erlassfassung forderte im Liegebereich eine Gummimatte oder 3 cm Strohaufgabe und für jedes Schwein täglich 20 Sekunden Betreuungszeit. An diesen Vorschriften entzündete sich der Zorn vieler Mäster und des Bauernverbandes. Der Kompromiss verschob die weiche Unterlage für zwei Jahre, in denen Erfahrungen über Material und Tierverhalten gesammelt werden sollen. Und für 1.500 Mastschweine (einschließlich der Hof- und Ackerarbeiten) muss nun eine Vollzeitkraft zur Verfügung stehen.

Im Dezember 2002 wurde vor dem Verwaltungsgericht in Minden die Klage eines Landwirts verhandelt, die sich gegen den Erlass und dabei insbesondere gegen die weiche Unterlage richtete.

Der Richterspruch gab dem Landwirt Recht: Bauexperten geben dem Vollspaltenboden klar den Vorzug vor Teilspalten. Pikant dabei ist, dass als Experte besonders ein Referatsleiter der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe zitiert wurde. Außerdem bezweifelte der Richter, dass ein Landeserlass zur Schweinehaltung bindendes Recht sei. Der unbestimmte Rechtsbegriff „Artgerechtigkeit“ sei vom Bund als Verordnungsgeber auszufüllen.

Fazit: Das MUNLV wird in Widerspruch gehen, es gilt weiterhin die letzte Fassung der Schweinehaltungsverordnung, und der Bund ist aufgerufen, schnellstmöglich eine Verordnung zu erstellen. *gv*

AbL kritisiert niedersächsische Modulation

Der niedersächsische Landesverband der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) kritisiert das Niedersächsische Agrar-Umweltprogramm (NAU). Zwar berücksichtige das Programm der Landesregierung das neue Modulationsgesetz, mit dem nachhaltige Landwirtschaft honoriert werden soll. Anrecht auf Mittel der Umschichtung hätten allerdings nur Betriebe, die mindestens 500 Euro an jährlichen Zuwendungen erhalten. „Die ungerechte Verteilung der Direktzahlungen setzt sich fort.“ Denn profitieren werde auch von den Modulationsgeldern in erster Linie „der große, rationalisierte Ackerbaubetrieb mit großem Flächenpool und der Landwirt, der durch die bereits subventionierte Abstockung und einige zusätzliche Maßnahmen wie das Auslegen von Gummimatten in den Genuss kommt, Zuwendungen für ein tiergerechtes Haltungsverfahren zu erhalten“. Der Bauer dagegen, der außerhalb der ausgewiesenen viehintensiven Region seine Tiere auf Stroh hält, gehe leer aus.

Um dem abzuwehren fordert die AbL Niedersachsen eine Senkung der Mindestzuwendungshöhe von 500 auf 250 Euro. Außerdem sollte Ackerbau mit erweiterter Fruchtfolge und die Ausweitung von Grünfläche in den Förderkatalog aufgenommen werden. *la*

Nachwachsende Rohstoffe ausgebremst

Deutliche Kritik übt Nordrhein-Westfalens Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn an den Vorschlägen der EU-Kommission über die Zukunft des Anbaus nachwachsender Rohstoffe in der Halbzeitbewertung: „Der Anreiz von 45 Euro Prämie je Hektar ist viel zu gering, um den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen voranzutreiben. Auch die Begrenzung der gesamten Anbaufläche in der EU auf 1,5 Mio. Hektar ist mit dem Ziel der EU, den Anbau auszudehnen, nicht kompatibel“, so Bärbel Höhn gegenüber der *Bauernstimme*. Zusätzlich fordert die Ministerin auch weiterhin den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen auf Stilllegungsflächen zu lassen. *ms*

KWS Saat AG ändert Aufsichtsrat

Neu in den Aufsichtsrat des internationalen Saatgutkonzerns KWS Saat AG wurde Ernst-Ludwig Winnacker gewählt. Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft teilt sich die Arbeit mit Arnd Oetker, Philip Freiherr von dem Bussche, Eckhard Halbfuß und Jürgen Kunze. Für den auch in der Gentechnik aktiven Konzern, der seit Jahren zu den 10 führenden Unternehmen in der internationalen Saatgutbranche gehört, ist der Präsident einer der finanzkräftigsten Organisationen in der deutschen Forschungslandschaft gewiss eine Bereicherung. Im letzten Geschäftsjahr hatte die KWS ihren Umsatz um 10 Prozent auf 434 Mio. Euro steigern können. *pm*

Landmeierei statt Arla

Gegen den skandinavischen Riesen-Molkereikoncern Arla hat sich bei der Belieferung der dänischen Aldi-Kette mit Frischmilch die kleine deutsche Landmeierei Osterhusumer Meierei Witzwort e.G. durchgesetzt. Arla hatte es laut *Flensburger Tageblatt* abgelehnt, Milch in Aldi-Tüten (ohne das Arla-Markenzeichen) abzufüllen. Verschiedene andere dänische Handelsunternehmen hatten bisher vergeblich versucht, sich von der in Skandinavien fast monopolistischen Arla zu lösen. pm

Milchgipfel gefordert

Ein „Milchgipfel“-Treffen von Handel, Molkereien und Erzeugern fordert laut *Ostsee-Zeitung* der Vorsitzende des Bauernverbandes Nordvorpommern Wilfried Lenschow. Mehr als 60 Prozent der Milcherzeuger des Landes schrieben rote Zahlen. Die Liefergenossenschaften Rostock, Bergen, Altentreptow, Grimmen und Pasewalk wollten künftig als Allianz mit einheitlichen Forderungen auftreten. Die Reserven lägen in den Gewinnspannen der Großhändler, aber auch die Molkereien sollten „motiviert“ werden.

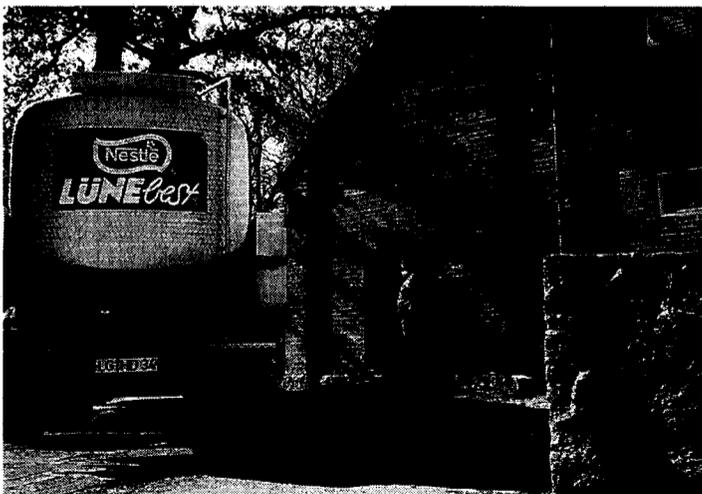
Der Vorstoß von Ministerin Renate Künast gegen die Abwärtsspirale im Preiskampf sei im Sinne der Landwirte. en

Ehlen als Agrarminister-Kandidat

Der niedersächsische Ministerpräsidenten-Kandidat Christian Wulff hat den Vorsitzenden des Landvolk-Kreisverbandes Zeven, Hans-Heinrich Ehlen aus Kalbe, in sein Schattenkabinett berufen. Ehlen soll Minister für Landwirtschaft, Verbraucherschutz und den ländlichen Raum werden, einschließlich der Zuständigkeit für Raumordnung und Wasserwirtschaft. Zuvor hatte der CDU-Landesverband Oldenburg vergeblich eigene Minister-Kandidaten ins Gespräch gebracht. Hans-Heinrich Ehlen (nicht zu verwechseln mit dem DLG-Vizepräsidenten Helmut Ehlen) bewirtschaftet einen 150-Hektar-Betrieb mit 2.500 Schweinen Jahresproduktion für das Nordfleisch-„Premium“-Programm.

Im Dezember hatte CDU-Chefin Angela Merkel bei einem CDU-Landbauerntag in Lüneburg der Bundesregierung schwere Versäumnisse in der Agrarpolitik vorgeworfen. Abl-Geschäftsführer Janßen forderte die CDU auf, den Schmusekurs mit der Bauernverbandsspitze aufzugeben und stattdessen die bäuerlichen Anliegen für eine sozialere Verteilung und Direktzahlungen, gegen die Saatgut-Nachbauregelung und gegen die Benachteiligung bäuerlicher Betriebe in den neuen Bundesländern sowie gegen die Durchsetzung der Gentechnik zu unterstützen. pm

Bundesweit schlechtester Milchpreis



Den Wettkampf um den niedrigsten Milchpreis hat das Lüneburger Werk des Konzerns Nestlé haushoch gewonnen, zahlte es im Dezember nur noch 23,5 Cent je kg Milch aus und liegt damit 4 Cent unter den nächsten schlecht zahlenden Molkereien. ms

Kanada hat WTO-Berufung verloren

Auch in der Berufung unterlag Kanada mit seiner Inlands- und Exportquote vor dem WTO-Panel. Die niedrigpreisige Exportmilch, die so genannte C-Quote, werde unerlaubt bezuschusst. pm

KURZES AM RANDE

Milchstreik – ja oder nein?

Befürworter werfen dem Bauernverband suggestive Umfragen vor



Stefan Mann (3.v.l.) und andere Gründer der IG für fairen Milchpreis

Foto: privat

Milch ist an der Ladentheke billig zu haben. Die Milchpreise sind in den vergangenen Monaten drastisch gesunken. Noch vor einem Jahr hatten die Folgen der BSE-Krise den Milcherzeugern Rekordpreise von 34 Cent pro Kilogramm beschert. Nun erhalten sie von den Molkereien nur noch 29 Cent.

In Hessen, wo vier Prozent, und in Bayern, wo 25 Prozent der bundesweit gemolkenen Milch gewonnen werden, begannen die Milchbauern Ende vergangenen Jahres, sich zu wehren (BS 12/01). Sie drohten, den Molkereien keine Milch zu liefern, bis es im Handel zu Lieferengpässen kommt.

Die Landesbauernverbände in den beiden Bundesländern verschickten Fragebögen an die Bauern, in denen sie erfahren wollen, ob und wie lange sich die Milchlieferanten an einem Streik beteiligen wollen. „Nur ein Viertel der Fragebögen ist zurückgekommen“, berichtet Hans-Jürgen Seufferlein vom bayerischen Bauernverband. Und von Bauern, die sich an der Umfrage beteiligten, hätte sich nur ein Drittel für einen Streik ausgesprochen. „Wenn Sie das auf alle Erzeuger hochrechnen, kommen Sie auf vielleicht fünf Prozent.“ Für andere Aktionen sei sein Verband aber offen. Es komme auf die Initiative der Landwirte an. Wenn sich später eine größere Beteiligung abzeichne, schließe er auch Streikaktionen zu späterer Zeit nicht aus. „Der Lieferboykott bleibt prinzipiell eine Möglichkeit“, betonte Seufferlein.

In Hessen kam die Umfrage des Bauernverbandes zu einem ähnlichen Ergebnis. Nur etwa 1.100 der 6.400 hessischen Milchviehhalter hatten ihr Votum abgegeben, ein Viertel davon sprach sich für einen Streik aus.

Stefan Mann, Milchbauer aus dem Kreis Marburg-Biedenkopf, hält die Umfrage des Bauernverbandes allerdings für wertlos. „Bei diesen Fragebögen war das Ergebnis

kein Wunder“, meint er. Auf dem Vordruck werden die Bauern darauf hingewiesen, dass der Bauernverband sie rechtlich und finanziell nicht unterstützt. Mit dem „Ja“ zum Streik unterschreibt der Befürworter eine Verzichtserklärung: „Eine Inanspruchnahme des Hessischen Bauernverbandes für etwaige aus dem Lieferstreik entstehende Schäden schließe ich hiermit aus.“ Damit zeige der Bauernverband eindeutig, dass er keinen Streik will. Stefan Mann hat deshalb mit anderen Milchbauern eine „Arbeitsgemeinschaft für fairen Milchpreis“ gegründet, die einen Mindestpreis von 35 Cent (3,7% Fett, 3,4% Eiweiß) fordert.

Auch die Umfrage des Bundes deutscher Milchviehhalter kommt zu einem anderen Ergebnis als die Umfrageergebnisse des Bauernverbandes. Zwar sind von den verschickten 1600 Fragebögen erst 275 zurückgeschickt worden. Aber von diesen sprechen sich 271 der Befragten für einen Milchstreik aus: Etwa 50 für zwei Tage, fast 90 für fünf und mehr als 130 für einen Streik von mindestens einer Woche. „An der Umfrage beteiligten sich hauptsächlich Bauern, die schon seit einiger Zeit über das Thema nachdenken“, berichtet Romuald Schaber vom Bund der Milchviehhalter. Andere müssten erst noch für die Diskussion gewonnen werden. „Aber es tut sich etwas“, sagt Schaber. Die Reformpläne Franz Fischlers, die drastische Preissenkungen für Milch vorsehen, hätten viele Bauern nervös gemacht. „Die Molkereien behaupten, wenn wir streiken, würden sie eben Milch aus Tschechien oder Italien bekommen. Aber das ist eine leere Drohung, die nur dazu dienen soll, die Leute einzuschüchtern.“ Denn nirgendwoher bekäme eine Molkerei auf die Schnelle Milch zu einem akzeptablen Preis. „Dann würden hohe Transportkosten anfallen“, erinnert Schaber. „Und verschwenken werden die Tschechen ihre Milch auch nicht.“ la

Nachdem vor vier Jahren unsere Kühe in den neuen Kuhstall eingezogen sind, haben wir im vergangenen Sommer den Stall erweitert, um auch die weibliche Nachzucht dort unterzubringen. Bis vor eineinhalb Jahren sind die Kuhkälber mit rund sechs Monaten vom Strohstall auf Vollspaltenböden eingestallt worden. Man konnte ihnen richtig ansehen, wie unwohl sie sich fühlten. Während der ersten Tage wollten sie sich gar

nicht hinlegen und die vom Tiefstall langen Klauen taten ihnen auf den ungewohnt harten Boden weh. Das war der eine Nachteil vom Spaltenboden. Der andere gravierende Nachteil war, dass die Rinder dadurch zu regelrechten „Schmutzpuckeln“ erzogen wurden. Wenn sie später dann als Färsen im Boxenlaufstall waren, hatten die meisten große Schwierigkeiten, die eingestreuten Liegeboxen zu benutzen – sie hatten es einfach nicht gelernt, sich auf einer Fläche von knapp drei Quadratmetern hinzulegen und hinzustellen! Da war es doch einfacher sich in den Mistgang oder auf die Spaten zu legen!

An sich sind die in Strohliegeboxen gehaltenen Kühe sehr sauber und wenn

ich es schaffe, alle zu scheren, dann sind sie ein properer Anblick. Aber wehe so ein Spaltenlieger kommt in den Melkstand. Dann hilft nur eine gründliche Dusche mit anschließendem Abtrocknen – allerdings ist das natürlich sehr zeitaufwändig. Aber viel schlimmer ist ja, dass mit dem Spaltenliegen die Gefahr von Euterentzündungen steigt.

Wir haben zwei Tiere wegen des Spaltenliegens zum Schlachter gegeben – die eine hatte eh nicht begriffen, dass sie Milch geben sollte und so fiel der Abschied nicht allzu schwer. Aber die andere, Roma, war bis jetzt unsere höchstleistende Kuh: erste Laktation über 10.000 kg und in der dritten und letzten über 12.000 kg Milch. Drei Jah-

re haben wir miteinander gerungen, Roma und ich, aber sie war partout nicht in die Box zu bewegen. Ich weiß nicht, wie oft wir sie in einer Liegebox angebunden haben, erst musste mein Vater mir noch helfen, aber nachher wusste Roma ja worum es ging: Halfter anlegen, in die Box führen und anbinden waren kein Problem mehr – aber hinlegen wollte sie sich nicht! Und wenn doch, dann nur mit langem Hals und halb im Mist liegend! Ich habe den Tierarzt zu Rate gezogen und sie mal ruhig spritzen lassen; ich dachte wenn sie richtig müde ist, wird sie sich schon hinlegen und band sie an ein kurzes Tau. Aber sie war wirklich zäh. Sobald sie frei war, legte sie sich in den Mist und hatte eine Euterentzündung nach der anderen.

In der Hoffnung auf ein Kuhkalb, das ich natürlich zu einer „vernünftigen“ Kuh erzogen hätte, und beeindruckt von ihrer enormen Milchleistung (von der die Hälfte ja gar nicht bei der Molkeerei ankam, weil sie ewig krank war), habe ich mich drei Jahre mit ihr herumgärgert. Nachher war es so, dass sie vom Boden aufsprang, wenn ich den Stall betrat: Aber nach dem dritten Bullenkalb war Schluss und ich habe aufgegeben. Allerdings läuft im Moment ein hochtragendes Rind mit Halfter durch den Stall, weil sie auch schon mehrmals angebunden wurde. Es ist Romas jüngere Schwester Romy. Seit die Kuhkälber aber vom Tiefstall nicht mehr auf Vollspalten kommen, habe ich große Hoffnung, dass ich keine Spaltenlieger mehr bekomme. Denn bevor sie sich in den harten Mistgang legen, kuscheln sie sich lieber ins Stroh. Hoffentlich.

Dorothee Lindenkamp, 31 Jahre

Betriebsspiegel:

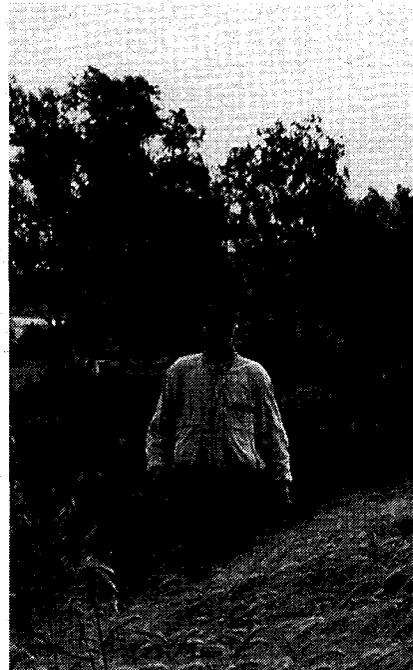
56 ha, davon ca. 18 ha Grünland; 35 Kühe (Herdbuch) mit Nachzucht. Dorothee Lindenkamp bewirtschaftet den im Rheinland gelegenen Hof gemeinsam mit ihren Eltern

Spaltenlieger

Um meinen Frust auf die Politbürokraten Luft zu machen, habe ich voller Zorn dem Geschäftsführer der AbL im letzten Frühjahr die neuen gesetzlichen Bestimmungen über Abstandsregelungen bei Pflanzenschutzmitteln und Reglementierungen im Schweinebereich zugesandt. Die praktische Bewältigung gibt meinem Unmut recht.

„Herbst, Sie brauchen nicht alles im Kopf zu haben, Sie müssen nur wissen, wo es geschrieben steht“, war damals die Devise meines Fachlehrers in der Landwirtschaftsschule. Weit gefehlt, heute muss ich schon ein Computergehirn haben, denn wenn ich alles nachlesen müsste, was da an Verordnungen geschrieben steht, wäre der Tag rum.

Und so ist es tatsächlich: Bei morgendlicher Stallarbeit festgestellt, dass einzelne Sauen Fieber haben, einige Ferkel Durchfallerscheinungen zeigen und ein paar wiederum kräftig am Husten sind. Behandlung ist angesagt! Wie injizieren: subkutan, intramuskulär oder intravenös? Wie viel? Schon seit einigen Wochen keinen Husten im Stall gehabt. Wo bleibt das Computergehirn – alles wieder vergessen. Nachdem fast eine halbe Stunde mit dem Studieren der Vorschriften und Gebrauchsanweisungen vergangen ist und Inge sich schon wundert, wo ich denn bleibe, gehen wir beide beherzt an's Behandeln. Halt, zwischendurch Spritze reinigen und andere Injektionsnadel rein. Trotz alledem haben wir es bei unserer Wendigkeit in 20 Minuten geschafft. Ach ja, jetzt bloß nicht vergessen alles fein aufzuschreiben. Im A Stall Bucht 2 eine Sau behandelt, Krankheitssymptome, das wievielte Mal, welches Medikament, wie viel, Wartezeit, alles will genau registriert sein. Halt auch die Chargennummer nicht vergessen,



Ein Arbeitstag

denn das Mittel könnte ja schon über eine Woche in meiner Bestandsapotheke stehen. Aber dort herrscht mittlerweile gähnende Leere, weil mein Tierarzt, der Arme, nur noch für eine Woche Medikamente abgeben darf. Früher kam er einmal im Monat, jetzt muss er auf seiner 50 km langen Strecke zu mir wöchentlich mit seinem Autoabgasen die Umwelt verpesten; oh welch Widerspruch.

Doch er hat schon angedeutet, dass sich so ein kleiner Bestand – 50 Sauen mit über 1.000 Ferkeln Jahresproduktion – für ihn nicht mehr lohnt und somit mache ich mir schon Gedanken über – was dann?

Nach dieser Abschweife zurück zur Sache:

Drei Ferkel sind noch aus dem B Stall

Bucht 4 aufzuschreiben, sieben Ferkel aus B 9 und in A 6 hatten wir doch den ganzen Wurf behandelt, und A 8- oder war es doch A 7, stopp, im Liegebuchtenstall war doch auch eine Sau, und die Absatzferkel im Laufstall hatten die nicht Dysenterieprobleme?

Langsam, jetzt aber konzentrieren, die haben wir nicht behandeln können, weil das Medikament ausgegangen war: Morgen liegen bestimmt die ersten auf der Strecke – wie war das doch mit Tierschutz – oh welch Widerspruch? Nach halbstündiger Medikamenteninformation und tatsächlich 20-minütiger praktischer Arbeit ist schon wieder fast eine halbe Stunde mit Eintragung vergangen und so knurrt mittlerweile bei mir der Magen. Insofern bin ich heilfro, dass Sebasti-

Betriebsspiegel:

100 ha Ackerbau (Zuckerrüben, Raps, Weizen, Gerste, Hafer)
60 Sauen auf Stroh, mit Auslauf für die belegten Sauen auf die Weide
Der Betrieb liegt 15 km südöstlich von Göttingen und wird Inge und Siegfried Herbst mit einem Lehrling bewirtschaftet.

an, unser Sohn sich in Zukunft vermehrt um diese „bäuerlichen“ Annehmlichkeiten kümmern will und ich dann vielleicht mal wieder entspannt singend durch unsere Feldflur schreite kann, mit dem wunderbaren Lied auf den Lippen: „Geh aus mein Herz und suche Freud““

Das nächste Mal schreibe ich über Pflanzenschutz. Ihr werdet Euch wundern, das wird noch viel interessanter.

Siegfried Herbst

Agrarfabrik Pelapro insolvent

Eine der größten Schweine-Mastanlagen in Deutschland hat im Januar Insolvenz angemeldet: die Pelapro Schweineproduktions GmbH in Neumark bei Weimar. Die Ferkel für die 25.000 Mastplätze werden von Pelapro-Sauenanlagen in Sachsen (2.500 Sauen) und in Brandenburg geliefert. Pelapro vermehrt in einer Ferkelproduktion GmbH im brandenburgischen Zollchow (mit 2.200 Reinzuchtsauen) vor allem Jungsauen für den irischen Zuchtkonzern Hermitage, die Sauen werden europaweit vertrieben. Die *Bauernzeitung* hatte im letzten Jahr noch über die dortige „Ferkelproduktion“ berichtet: Die Sauen werden demnach von zwei Landwirten und fünf angelernten Angestellten in der Arbeitsschicht von 7 bis 16 Uhr überwacht, an den „Hauptabferkeltagen“ auch abends um 20 und 21 Uhr. Die Ferkel werden schon mit drei Wochen abgesetzt. Pelapro, ein belgisch-niederländisches Unternehmen, das an zehn Standorten in den neuen Bundesländern Zehntausende von Jungsauen und jährlich 100.000 Mastschweine produziert, kam im letzten Jahr in Verbindung mit dem illegalen Tierarznei- und Chemikalien-Vertrieb des Tierarztes Fechter erstmals in die Schlagzeilen. Fechter, der seine Praxis in Bayern hatte, war bei der Pelapro-Anlage in Neumark zeitweise „betreuender Tierarzt“.

Neun Agrargenossenschaften, die die Anlage vor vier Jahren an die Pelapro verkauft hatten, bangen nun um ihr Geld und überlegen, ob sie die Anlage nun doch wieder selbst betreiben. Allerdings soll es auch ausländische Übernahme-Interessenten geben. *gf*

Aufschwung für Biogas

In der Schweiz steigt die Anzahl der landwirtschaftlichen Biogasanlagen wieder. Dies meldet der Landwirtschaftliche Informationsdienst (LID) unter Berufung auf das Schweizer Bundesamt für Energie. Die ersten Biogasanlagen, die in der Schweiz gebaut wurden, sind zum großen Teil wieder stillgelegt worden. Zwischen 1990 und 1998 war die Zahl der Anlagen in der Schweiz von über 100 auf etwas über 60 gesunken. Seit 1999 steigt die Zahl der Anlagen wieder, derzeit sind es ungefähr 70. Das Energieamt erklärt sich den Anstieg mit der Fortentwicklung der Technik. Mit den Kompakt-Biogasanlagen, die seit ein paar Jahren auf dem Markt sind, ist ein höherer Wirkungsgrad und eine preiswertere Produktion möglich. Dennoch sei das Umfeld für Biogasanlagen weiterhin schwierig, so lange fossile Brennstoffe billig seien, so die Behörde. Der LID schätzt die jährliche Stromerzeugung durch Biogas auf 3,8 Gigawattstunden, womit mehr als tausend Haushalte mit Energie versorgt werden könnten. *la*

Indien schickt Gentech-Schiff zurück

Indien hat eine große Schiffsladung der US-Nahrungshilfe mit gentechnisch verändertem Mais und Soja zurückgewiesen und in die USA zurückgeschickt. Die USA wollen dagegen laut *Financial Times* rechtlich vorgehen, weil internationale Konzerne ihre Hoffnungen auf die kommerzielle Entwicklung der Gentechnik in Indien und die damit verbundenen Märkte gestört sehen. *pm*

„Bauern-Stasi“?

Von teilweise „überfallartigen Arzneimittel-Kontrollen“ durch staatliche bayerische Veterinäre berichten bayerische Schweinehalter. Rechtswidrig und ohne Fragen würden Beamte die Ställe betreten, ohne die Hygiene-Auflagen zu beachten. Sogar von „Bauern-Stasi“ ist laut *top agrar* die Rede, vor allem nach den Plänen, den Veterinären als „Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft“ die Unterlagen-Beschlagnahme zu erlauben. Bayerns Verbraucherschutzminister Sinner ruderte jetzt zurück: Sein „Mobiler Veterinärdienst“ sei keine Polizeitruppe, diene nicht der Ausschneifung der Bauern, sondern der Beratung und Hilfestellung. *pm*

Kapitalschnitt für Südfleisch-Bauern

Die angeschlagene Südfleisch-Gruppe hat durch einen „Kapitalschnitt“ die Einlagen der Viehverwertungs-Genossenschaften (darin 48.000 Bauern) um rund 70 Prozent entwertet. Um einen Konkurs abzuwenden, sollen die Viehverwertungen danach zusätzlich wieder 12 Mio. Euro einzahlen. Tonangebend waren bei diesem Sanierungs-Versuch offenbar die Gläubiger-Banken. Die DZ-Bank verzichtet auf Verbindlichkeiten und wird nun direkter Anteilseigner. *pm*

KURZES AM RANDE

Tourismus für die Erzeugerregion

Sorgfältige Vorbereitungen und ein umstrittenes Museumsprojekt auf der Grenze von Bayern und Baden-Württemberg

Das Gebiet an der schwäbischen Donau, genau auf der Grenze zwischen den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg, ist in erster Linie eine Erzeugerregion. Die Landwirtschaft produziert Getreide, Milch, Zuckerrüben und Fleisch. Obwohl viele Tagesbesucher beispielsweise aus dem Stuttgarter Raum zur Erholung kommen, gibt es noch längst kein ausreichendes touristisches Angebot. Dabei könnten beispielsweise weitere Radwanderwege an Höfen und Märkten vorbeiführen.



Suche im Förderdschungel

Der ideale Ausgangspunkt, um im Rahmen des Regionen-aktiv-Programmes etwas zu verändern. Und prompt wurde die Region schwäbisches Donautal im vergangenen zu einer der 18 Modellregionen erklärt. „Viele Leute haben eine Projekt-idee“, sagt Lothar Kempfle, Regionalmanager der Region Schwäbisches Donaumoo. Aber von der guten Idee bis zum reifen Projekt ist es ein weiter Weg. „Wir sind verpflichtet, nachzuprüfen, ob diese Vorhaben nicht durch einen anderen bereits bestehenden Fördertopf finanziert werden kann.“ Wenn das Projekt in den Zuständigkeitsbereich einer anderen Fördermaßnahme fällt, heißt das aber noch nicht, dass Regionen-aktiv automatisch draußen ist. „Maßstab ist, ob das Projekt mit der vorgesehenen Förderung möglich ist.“ Im Klartext: Wenn ein Projekt aus einem anderen Fördertopf nur zu beispielsweise 20 oder 30 Prozent finanziert werden kann und damit nicht zustande zu bringen ist, dann kann das Projekt eben doch im Rahmen des Regionen-aktiv-Programmes durchgeführt werden, wo eine Förderung zu 80 oder 100 Prozent gewährleistet ist.

Machbarkeit der Projekte prüfen

„Man verwendet oft mehr Zeit mit der Überprüfung der förderrechtlichen Voraussetzungen als damit, die Projekte inhaltlich zu diskutieren“, bedauert Lothar Kempfle. „Aber wenn wir das erst einmal ein Jahr lang gemacht haben“, hofft der Regionalmanager, „dann wird sich das ändern.“ Noch sind die Projekte erst am Start, noch wird jedes Vorhaben auf seine Machbarkeit hin geprüft, von nachwachsenden Rohstoffen bis zur Regionalver-

marktung von Getreide. „Mit Machbarkeitsstudien und Vorprojekten wollen wir den Antragstellern die Möglichkeit geben, ihr Projekt genauer zu definieren und ihren Folgeantrag detailliert auszuarbeiten“, so Kempfle. „Beispielsweise Qualitätsgetreide: Wer genau sind die möglichen Handelspartner und Abnehmer vor Ort? Wie stehen die Aussichten, sich mit dem Regionalprodukt Getreide auf dem Markt zu behaupten? Welche Ansprüche stellen Käufer an Qualität und Preis?“

Lothar Kempfle ist wie sein Kollege eigentlich bei der Arbeitsgemeinschaft Schwäbisches Donaumoo angestellt. Beide wurden für Regionen aktiv bis Ende 2005 zu jeweils einer halben Stelle an den neu gegründeten Verein Donautal aktiv „ausgeliehen“. Mit einer Sekretärin, die eine Dreiviertelstelle besetzt, bilden die drei das Regionalmanagement. Projektideen werden zunächst von diesem Regionalmanagement zur Reife gebracht und anschließend einem 40-köpfigen Lenkungsausschuss vorgelegt. Dort sind die so genannten „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ vertreten, so die Kommunen, Kirchen, die Metzger- und Bäckereivereinigung, Gastronomie, Naturschutzämter sowie fünf Vertreter aus der Landwirtschaft: der bayerische Bauernverband, die AbL, Ökologischer Landbau, Maschinenringe und die Landfrauen. Der Ausschuss gibt eine Empfehlung an den elfköpfigen Vorstand des Regionalverbandes Donautal aktiv. Der Vorstand trifft die Entscheidung und ist dem Geldgeber gegenüber rechenschaftspflichtig.

Umstrittenes Museumsprojekt

Eine Entscheidung sorgte bereits für Unmut. Manfred Otto, AbL-Vertreter im Lenkungsausschuss, kritisiert, dass mit Fördermitteln aus dem Regionen-aktiv-Programm die Renovierung eines Schlossgebäudes in Bechingen finanziert wird. Dort soll ein Museum und eine Informationsstelle für Regionen aktiv untergebracht werden. Dafür hätten sich besonders die Kommunen und die Arbeitsgemeinschaft Donaumoo stark gemacht. „Das Geld ist doch in erster Linie für die Landwirtschaft vor Ort gedacht“, sagt Otto, der einen Bullenmastbetrieb in Leipheim führt. Zwar könne langfristig auch ein Museum der regionalen Entwicklung dienen: „Aber erst soll doch mal die Landwirtschaft und die Vermarktung laufen.“ *la*

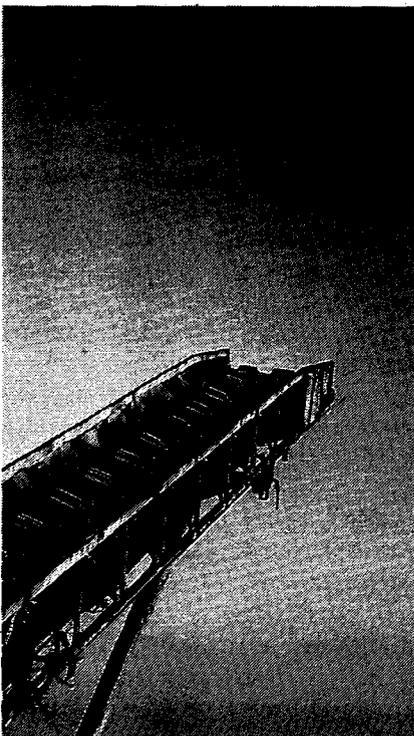
Verhaltene Reaktionen auf die geänderten Vorschläge der EU-Kommission zur Halbzeitbewertung. Betriebsprämie, Modulation mit nur schwacher sozialer Komponente, reine Weltmarktorientierung auf dem Milchmarkt – die Korrekturen der Kommission gehen in eine bedenkliche Richtung. Ob es gelingen wird, tatsächlich Geld von den Ackerbauern auf das Grünland und für die Milchviehbauern umzuschichten, wird eine zentrale Frage der Reform sein.



Gestaffelte Prämien und Weltmarktpreise für Milch

Staffelung der Direktzahlungen gilt es, um soziale Komponente zu ergänzen

Eine Staffelung der Prämienzahlungen, bei der die kleinen Höfe begünstigt werden, und das auch noch als offizieller Vorschlag von der EU-Kommission: eine alte AbL-Forderung, auf deren Umsetzung kaum noch jemand zu hoffen wagte. Das ist die gute Nachricht zur Modulation in den aktuellen Vorschlägen zur Halbzeitbewertung, die EU-Agrarkommissar Franz Fischler am 22. Januar der Öffentlichkeit präsentierte. Die Mehrheit der europäischen Höfe wird also von den Kürzungen durch die Modulation nicht betroffen sein, auch wenn für deutsche Betriebe die Schwelle von 5.000 Euro niedrig ist. Anderes am neuen Vorschlag zur Modulation, die ja mal als Umschichtung von Geldern von der ersten Säule in die ländliche Entwicklung gedacht war, geht in eine problematische Richtung. Die Staffelung der einbehaltenen Direktzahlungen endet jetzt schon bei 50.000 Euro (s. S. 12). Sowohl die Obergrenze von 300.000 Euro ist ersatzlos gestrichen als auch die Möglichkeit, Arbeitskräfte mit je 3.000 Euro mit den Kürzungen gegenrechnen zu können. Auf der Grünen Woche hat die AbL einen Vorschlag vorgelegt, Betriebe mit Prämienzahlungen über 100.000 Euro sollen 25 Prozent der Direktzahlungen gekürzt bekommen, wenn keine Lohnkosten nachgewiesen werden können, die je zur Hälfte angerechnet wer-



den. Ein 600 ha Ackerbaubetrieb kann bei Lohnkosten von 50.000 Euro die Kürzungen voll ausgleichen. Ansonsten werde weiter ein Anreiz gegeben, Arbeitsplätze wegzurationalisieren, so die AbL.

Ländliche Entwicklung wird ausgetrocknet

Neu bei den Vorschlägen der Kommission zur Modulation ist auch, dass die einbehaltenen Mittel nur noch zu einem geringen Anteil für die ländliche Entwicklung verwendet werden sollen. Gerade mal 30 Mio. Euro könnte 2006 in Deutschland dafür ausgegeben werden, auch 2012 sind es nur um die 200 Mio. Euro. Nun bleibt statt dem Strom nur noch ein Rinnsal.

Um so harscher die Kritik der Umweltverbände: „Außer Lyrik ist nicht viel übrig geblieben“, so der Naturschutzbund Deutschland. Der Bund für Umwelt und Naturschutz kritisiert, dass mit chronisch unterfinanzierten Programmen weder artgerechte Tierhaltung noch regionale Vermarktung vorangetrieben werden können. Dass Gelder aus der ersten Säule, die vor allem die Ackerkulturen stützt, nicht in die zweite Säule für die ländliche Entwicklung umgeschichtet werden, sondern für weitere Marktordnungen mit Interventionspreissenkungen herangezogen werden sollen, schmerzt alle, die ihre Hoffnung auf eine Änderung in der Agrarpolitik

auf die zweite Säule gestützt haben. Das Agrarbündnis Österreich merkt dazu einsilbig an: „Die Schäden der ersten Säule können ohnehin nicht mit der zweiten Säule wettgemacht werden.“ Bei genauer Betrachtung nimmt die Bedeutung der zweiten Säule trotz weiterer Mittel aus den Direktzahlungen im Agrarhaushalt sogar ab (s. S. 12). Dabei ist die zweite Säule im Gegensatz zur ersten in ihren Ausgaben nicht gedeckelt.

Weiterhin ungerechte Prämienverteilung

Fischlers Idee, die bisherigen Prämienbezüge der landwirtschaftlichen Betriebe festzuschreiben, stößt auf wenig Gegenliebe. Das kommt zwar den Anforderungen der Welthandelsorganisation entgegen, zementiert aber bestehende Ungerechtigkeiten innerhalb der Landwirtschaft. Profitieren werden weiterhin die Betriebe, die bisher schon einseitig bevorzugt wurden. Folgen der vorgeschlagenen Entkopplung auf den Ackerbau und die Tierhaltung sind aber noch kaum abzuschätzen. Erste Milchviehbauern machen sich bereits Sorgen, was neben dem freien Fall der Milchpreise auf dem Markt für Bullenkälber geschehen wird. Bei dem prognostizierten Rückgang der Bullenmast befürchten sie Absatzprobleme für ihre Bullenkälber. Einen Ansatzpunkt, um einen Ausgleich dafür zu schaffen, dass in der EU nicht länger vier Prozent der Betriebe 40 Prozent der Direktzahlungen bekommen, bietet die vorgesehene Ausnahmemöglichkeit für die Mitgliedstaaten, die Betriebsprämien in Richtung regionaler Durchschnittsprämien je Hektar anzugleichen. Das bietet die Chance, doch noch eine einheitliche Flächenprämie einzuführen, wenn die Länder und der Bund mitziehen.

Wie weiter?

Endgültig entschieden ist über die Vor-

lage noch nicht. Die Umweltverbände mobilisieren, um doch noch einige Euro für Umweltmaßnahmen zu retten. Das Bundeslandwirtschaftsministerium sucht noch Spielräume und sagt „Ja, aber ...“. Denkbar ist ein strategischer Kompromiss zwischen Frankreich und Deutschland: Weg mit der vorgeschlagenen Form der Entkopplung vor allem auf Wunsch Frankreichs, beide Staaten einigen sich auf eine Modulation, für die sich Deutschland einsetzt, dafür verbünden sich die beiden Länder mit großer Milchherzeugung gegen die Ausweitung der Milchquoten und versuchen, die starken Senkungen der Interventionspreise bei Milch abzubremsen. Ob dafür Mehrheiten in der EU zu bekommen sind, ist noch offen. Die EU-Staaten, die deutlich weniger Milch erzeugen als sie verbrauchen, wie Italien, Spanien oder Griechenland, werden einer Beibehaltung der derzeitigen Quoten nur zustimmen, wenn sie dafür etwas bekommen. Einige Beobachter gehen davon aus, dass sich Fischler bei der Entkopplung nicht bewegen wird. Nur dass jetzt reformiert werden muss, darin sind viele einig, denn eine Abstimmung mit noch mehr Staaten in der erweiterten EU wird ein gesteigertes Verhandlungsgeschick brauchen.

Fazit

Knackpunkt der Reform ist, ob es gegen enormen Widerstand verschiedener Lobbyverbände und der exportorientierten Industrie gelingt, Geld von Ackerland aufs Grünland umzuleiten. Daran muss sich die Reform und Agrarkommissar Fischler messen lassen. Den Milchbäuerinnen und -bauern erst die Preise selbst weiter unter die Erzeugungskosten der durchrationalisierten Großbetriebe abzusenken und dann geringfügig über Prämienzahlungen auszugleichen, ist eine direkte Aufforderung, aus der Milchviehhaltung in Grünlandregionen auszusteigen. ms

Deutliche Änderungen zum Sommervorschlag

Aktueller Entwurf zur EU-Agrarreform plant deutliche Einschnitte bei Marktordnungen und den Prämienzahlungen an Landwirte

Vorbemerkung

Halbzeitbewertung trifft den Kern des Reformpakets von EU-Agrarkommissar Franz Fischler nur zum Teil. Es wird an einigen Schrauben und Hebeln der EU-Agrarpolitik grundlegend gedreht und gestellt. Kern der Reform ist, dass Landwirte nicht länger für jeden Bullen oder jeden Hektar Weizen Ausgleichszahlungen bekommen sondern, unabhängig von ihrer tatsächlichen Produktion Einkommensbeihilfen, sprich Fördergelder, erhalten sollen. „Wir wollen den Bauern und nicht länger die erzeugten Tonne Weizen fördern“ nennt es Fischler. Produktion für den Markt statt Prämienoptimierung, so das Ziel. Daneben soll damit ein Hauch Umverteilung vom Ackerland zum Grünland durch-

gesetzt werden. Neben klaren Preisabsenkungen für die Exportindustrie sollen auch gesellschaftliche Leistungen der Landwirtschaft wie Umwelt- oder Tierschutz stärker honoriert werden, so Fischler.

Begleitet werden die Prämienrechte von einem komplizierten Kürzungssystem der Direktzahlungen, das an unterschiedlichen Punkten wie der Prämienhöhe oder dem Einhalten von Gesetzen und Verordnungen ansetzt. Die einbehaltenen Mittel fließen zum Teil an die Mitgliedstaaten, zum Teil an die EU zurück und werden nur noch in einem reduzierten Umfang für die Entwicklung des ländlichen Raums verwendet.

Bis zum Sommer sollen die Verhandlungen der Agrarminister der Mitglied-

Entkoppelung:

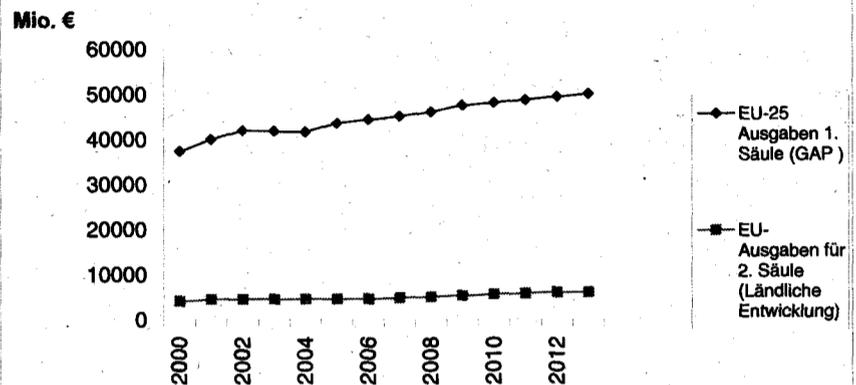
Hinter diesem Begriff stecken mehrere Modelle wie Prämien in Zukunft auf den Höfen landen. Seit Januar will die Kommission die in den Jahren 2000 bis 2002 bezogen Direktzahlungen als Grundlage für weitere Prämienzahlungen an den einzelnen Betrieb nehmen. Berücksichtigt werden die Direktzahlungen für Getreide, Ölsaaten, Hartweizen, Flachs, Hanf, Saatgut, Rind- und Kalbfleisch, Schaf- und Ziegenfleisch und die noch einzuführende Zahlungen für Milch. Sonderregeln gelten für Eiweiß- und Energiepflanzen oder Stärkekartoffeln, die zum Teil mit angerechnet und durch zusätzliche Zahlungen ergänzt werden. Das heißt, wer bisher viel Prämien bekommen hat, wird weiterhin zu den Begünstigten gehören. Indirekt wird mit der Entkoppelung auch Prämie aufs Grünland verlagert, da auch Futterflächen einschließlich Wiesen und Weiden als neue Bezugsflächen mit herangezogen werden.

Ab 2004 gibt es auch **Ausgleichszahlungen für Milch**, die – wie schon nach der Logik bei der Agenda 2000 – die Senkungen des Interventionspreises für Butter und Magermilchpulver um ungefähr die Hälfte ausgleichen sollen. Sehr ungewöhnlich ist der Vorschlag den Referenzzeitraum für die Milchprämie statt in die Vergangenheit in die Zukunft zu verlegen. Stichtag für die Milchquote soll Ende 2004 sein, daraus werden die Direktzahlungen ermittelt. Zu erwarten ist daher ein wahrer Quotenkaufboom.

Bäuerinnen und Bauern können mit ihren **Prämienansprüchen** auch han-

deln. Möglich ist fast alles: Land kann mit und ohne Prämienrechte verkauft werden, Prämienrechte können mit oder ohne Land den Besitzer wechseln. Nur ganz ohne Land gibt es keine Prämien und fürs Nichtstun gibt's ebenfalls nichts, die Flächen müssen bewirtschaftet werden. Beim Verpachten hingegen ist die Bindung von Prämienanspruch und Fläche enger, Zahlungsansprüche gibt es nur mit der Übertragung der entsprechenden Hektarzahl. Auch hier gibt es wieder eine **Ausnahme**. Deutschland und andere Mitgliedstaaten können eine einheitliche Flächenprämie für einzelne Regionen festlegen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Eine Chance für mehr Gerechtigkeit in der Landwirtschaft. Welche Folgen der Handel mit Prämienansprüchen für einzelne Regionen hat, welche Preise sich für Land entwickeln, wagt noch keiner abzuschätzen. Eine Vereinfachung für die Verwaltung mag Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn darin nicht erkennen (s. S. 13).

Vorschau EU Ausgaben für 1. und 2. Säule (incl. Modulation)



Modulation:

Ein mehrfach ausdifferenziertes Modell gibt es für Umschichtung der Gelder: je nach Höhe der Prämienzahlungen steigt der Anteil der einbehaltenen Mittel. Im Sommer war noch geplant, das einbehaltene Geld in die 2. Säule, das heißt in die Entwicklung des ländlichen Raums umzuschichten (s. Tabelle). Nun wird Geld davon auch für die Finanzierung des Milchmarktes und – nur angedeutet – auch für eine Reform des Zuckermarktes, Oliven, Baumwolle ... verwendet. Die Kürzungssätze steigen ab 2007 jährlich an.

Im Verhältnis zur 1. Säule fließt immer weniger Geld in die 2. Säule (s. Grafik). Gestrichen sind auch die Kapazitätsgrenze von 300.000 Euro je Betrieb und die Freibeträge je Arbeitskraft.

Cross-Compliance:

Was mal als Mittel zur Förderung umweltfreundlicher Landwirtschaft gedacht war, ist nun zum Großteil ein Kürzungsmittel geworden. Landwirte werden verpflichtet 40 EU-Richtlinien einzuhalten, ansonsten gibt es im Wiederholungsfall Kürzungen der Direktzahlungen bis zu 20 Prozent, bei Vorsatz bis zu 100 Prozent. Zusätzlich werden Landwirte, damit sie die kompletten Direktzahlungen erhalten,

noch genauer zu beschreibende Regeln zur Wahrung „guter landwirtschaftlicher Bedingungen“ einhalten und sich verpflichten müssen kein Grünland umzubereiten.

Nur noch 20 Prozent der eingehaltenen Mittel können in den Mitgliedstaaten bleiben, der Rest fließt in den Haushalt der EU (genauer in den Topf Garantie des EAGLF) zurück.

Marktordnungen:

Genauer zur Milch siehe Seite 2 und 3. Bei Getreide wird der Interventionspreis erneut um 5 Prozent abgesenkt. Bei Roggen wird die Intervention ohne Ausgleich ganz gestrichen.

Flächenstilllegung:

Auf den Äckern soll für alle Landwirte außer Kleinerzeugern wieder der flächengebundene Stilllegungssatz von 10 Prozent gelten. Ausgenommen von der Stilllegung sind alle ökologisch wirtschaftenden Betriebe, das heißt auch Klee gras ist indirekt weiter förderfähig. Als **Ausnahme** können die Mitgliedstaaten auch aus Umweltgründen die Rotation der Stilllegung erlauben. Hier besteht noch Spielraum, um konventionellen Landwirten den Klee grasanbau wirtschaftlich interessant zu erhalten. ms

Die Kürzung der Modulation je nach Prämienhöhe

Prämienhöhe	Verwendung	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Bis 5.000 €	Gesamtkürzung	0	0	0	0	0	0	0
	Ländliche Entwicklung	1	2	3	7,5	9	10,5	12,5
	künftige Marktanforderungen	0	1	4,5	5	5,5	6	6,5
5.000 € bis 50.000 €	Gesamtkürzung	1	4	12	14	16	18	19
	Ländliche Entwicklung	1	2	3	4	5	6	6
	künftige Marktanforderungen	0	2	9	10	11	12	13

Wie beurteilen Sie Entkoppelung von Produktion und Direktzahlungen in den Vorschlägen des EU-Agrarkommissars Fischler zur Halbzeitbewertung der Agenda 2000?

Die Entkoppelung begrüße ich von der Zielsetzung her. Die Bauern stärker am Markt zu orientieren ist richtig. Das Schlechte an dem Vorschlag ist, dass das bestehende Ungleichgewicht in der Landwirtschaft fortgeschrieben wird. Es ist zu stark eine Bestandssicherung für diejenigen, die bisher von Prämien profitiert haben.

Die Vorschläge beinhalten den Ansatz, dass Prämienrechte zwischen den Betrieben handelbar sind. Gibt es dann ein Prämienkataster, um in 20 Jahren nachschauen zu können, wie viel Prämien der Hof mal bekommen hatte?

Der Verwaltungsaufwand bei der Entkoppelung ist ein weiterer Nachteil. Berechnet werden die Prämienrechte bezogen auf die Zeitspanne 2000 bis 2002. Am Anfang ist das ja noch übersichtlich, weil zwar jeder Hof unterschiedliche Prämien auf seinen Flächen hat, aber je Hof noch einheitliche. Doch ab dem Moment, in dem Betriebe aufgeben oder andere etwas zupachten, bekommen wir ein Prämien-Patchwork. Das ist für die Verwaltung ausgesprochen aufwändig. Wobei ja jetzt vorgeschlagen wurde, dass gegebenenfalls die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die Prämienrechte auf regionale Durchschnittswerte anzupassen.

Werden Sie diese Möglichkeit in Nordrhein-Westfalen nutzen?

Das werden wir prüfen. Ich halte das aus Verwaltungs- und aus Gerechtigkeitspunkten für interessant. Da muss man ausloten, wie kann das genau aussehen. Das ins Handlungsfeld einzubeziehen, finde ich richtig.

Die AbL und andere Verbände fordern im Zuge der Entkoppelung eine einheitliche Flächenprämie für alle Bauern. Wie stehen Sie dazu?

Über solche regionalen Durchschnittswerte könnte man versuchen, genau das zu erreichen. Die einheitliche Flächenprämie würde das Ungleichgewicht – was ich kritisiere, weil man seine Prämien aus der Vergangenheit fortgeschrieben bekommt – etwas auflösen können. Insofern geht Ihre Forderung in dieselbe Richtung. Zusätzlich soll auch Cross Compliance eingeführt werden. Da müssen ungefähr 40 Umwelt-, Sozial- und Veterinär-gesetze eingehalten und ihre Durchführung auf den Höfen kontrolliert werden. Auch das ist vom Grundsatz eine richtige Sache. Es macht Sinn,

Reform ist nicht stark genug

Ihre Positionen zur Halbzeitbewertung erläutert Nordrhein-Westfalens Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn im Gespräch mit der Bauernstimme

eine gute fachliche Praxis nach Fachgesetzen zu bewerten. Aber die geplante Durchführung zieht einen hohen Verwaltungsaufwand nach sich. So fällt zwar die Viehprämie weg, die nicht mehr kontrolliert werden muss, aber wenn wir auf jeden bäuerlichen Betrieb



Bärbel Höhn

gehen müssen, um nachzuschauen, wie diese 40 Gesetze umgesetzt werden, haben wir erheblich mehr Kontrollaufwand als bisher.

Zum einen müssten wir unheimlich viel Personal einstellen, um das leisten zu können. Zum anderen bekäme der Bauer jeden Tag einen anderen Kontrolleur auf den Betrieb. Da würde er uns nach einem Monat mit der Mistforke empfangen. Alleine mit neun verschiedenen Fachbehörden und Einrichtungen müssten wir uns abstimmen, bevor Bewilligungen erteilt werden können. Das ist eine sehr bürokratische Sache. Wenn wir die Kontrolle hingegen nicht machen, kommt die EU, weist uns das nach, und wir müssten entsprechend hochgerechnet auf das Land Fördergelder zurückzahlen. Dann kommen enorme Summen zusammen, die wir zurückzahlen müssten.

Sehen Sie für eine regionale Ausgestaltung der Prämienrechte eine Ländermehrheit in Deutschland?

Die Frage ist, wie wir das in der Praxis gestalten können. Für die Regelung würde der geringere Verwaltungsaufwand sprechen.

Von Milchviehbauern gibt es die Befürchtung, dass es nach der Entkoppelung der Bullenprämien einen starken Preisverfall bei Bullenkälbern geben wird. Tiere als Ausschussware?

Die einzelnen Schritte müssen wir genauer durchdenken und schauen, was sind die Wirkungen. Wenn wir stärker von der Intensivmast von Bullen wegkommen, wird das ein Erfolg der Politik sein. Man wird eben nicht länger dafür belohnt, dass man Mais anbaut. Ich sehe für die Milchviehbauern das Problem, dass durch die Quotenausweitung der Milch der Druck auf den Preis steigen wird und die Milchviehalter letztendlich sehr viel schlechter dastehen als jetzt. Das ist eine Gefahr. Wir wollen die Milchviehhaltung aufrechterhalten.

Die Vorschläge zur Milchmarktordnung werden vehement kritisiert. Die genauen Folgen von Quotenausweitung und Absenkung der Interventionspreise kann nur geschätzt werden. Aber für 20 Cent für den Liter melkt im Sauerland kein Bauer mehr Kühe. Welche Zukunft haben Milchbauern?

Kritik an der Milchmarktordnung kommt von allen Seiten. Von sofern hoffe ich, dass da noch etwas geändert wird.

Gut ist, dass Fischler die Milchquotenregelung vorziehen will. Je länger er sie hinausschiebt, desto weniger finanziellen Spielraum hat er überhaupt noch für eine vernünftige Lösung. Nur was er vorhat, da habe ich inhaltlich massive Kritik.

Nach den Vorschlägen vom letzten Sommer, gab es hohe Erwartungen an die Modulation. Wie bewerten Sie die aktuellen Vorschläge?

Ein großer Teil der eingesammelten Modulationsgelder soll nicht wieder in die Länder zurückfließen, aus denen das Geld kommt. Die Mittel können in

andere Regionen übertragen werden. Das halte ich in Bezug auf die Akzeptanz der nicht unumstrittenen Modulation für nicht gut. Insbesondere bei einem Nettozahler wie Deutschland könnte das dazu führen, dass am Ende noch weniger im Land bleibt.

Die Freigrenze der Modulation ist mit 5.000 Euro sehr niedrig angesetzt. Wir streben 10.000 bis 15.000 Euro an. Sinnvoll wäre eine Kappungsgrenze. Nun sollen als Ausgleich die Kürzungssätze je nach Betriebsgröße bis zu 19 Prozent ab Prämien über 50.000 Euro und bei kleineren Betrieben nur auf 12,5 Prozent gestaffelt werden. Das ist ein kleiner Ausgleich für das Auslassen der Kappungsgrenze, die ich eigentlich für richtig halte.

Nun hat Fischler die Bindung der Prämien an Arbeitskräfte auf den Betrieben im aktuellen Vorschlag wieder zurückgenommen, sehr zum Bedauern der AbL.

Die Modulation wäre ein Weg über den man eine soziale Komponente mit einbauen könnte. Das ist ein alter Vorschlag von mir, der leider noch nicht umgesetzt wird. Im übrigen halte ich den Einstieg in die Modulation mit einer Kürzung von einem Prozent ab dem Jahr 2007 für zu spät. Der Grundsatz der Modulation ist in Ordnung, auch die steigenden Umverteilungssätzen begrüße ich.

Welche Wirkung hat, dass die Modulationsgelder jetzt nur noch zu einem geringen Teil in die zweite Säule fließen?

Das wäre einfach falsch. Einmal soll es nicht in die Länder zurückfließen, aus denen die Mittel kommen, zum anderen soll es in andere Bereiche wie die Kohäsionsfonds gehen, statt in die ländliche Entwicklung. Das würde nur dazu führen, dass die Skepsis der Bauern gegen die Modulation sich verstärkt.

Geben Sie dem Anliegen Fischlers, Gelder von den Ackerbaukulturen ins Grünland und in die ländliche Entwicklung umzuleiten, eine Chance mit der vorliegenden Reform?

Auf der einen Seite ist die Reform nicht stark genug, weil die bisherigen Prämien festgeschrieben werden. Auf der anderen Seite werden dadurch, dass die Prämien unabhängig von dem, was angebaut wird, ausgezahlt werden, auch Anbauweisen, die bisher unwirtschaftlich waren, attraktiv. Von daher ein kleiner Schritt nach vorne, aber er reicht nicht aus. Denn das Ungleichgewicht, gerade was den Grünlandbereich angeht, müsste schnell ausgeglichen werden.

Interview: ms

„Möhren“ für die Entwicklungsländer

Hintergründe zur aktuellen WTO-Verhandlungsrunde zu den Forderungen von Entwicklungsländern und Taktik der EU

Die Agrarverhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO) sind im vollem Gange. Unbemerkt von der Öffentlichkeit, und auch unbemerkt von den Bauern bei uns und im Süden, die es ganz wesentlich angeht. Im Kern geht es um den weiteren Abbau von Zöllen für die Einfuhr von Agrarprodukten, um den Abbau von Subventionen für die einheimische Landwirtschaft sowie um die Gestaltung des Subventionssystems als solches. Die dort getroffenen Vereinbarungen werden wesentlich sowohl die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU als auch die Rahmenbedingungen für die mehrheitlich kleinstrukturierte Landwirtschaft im Süden prägen. Schon heute zeichnet sich ab, dass Landwirtschaft das umstrittenste Thema bei der WTO-Ministerkonferenz im September 2003 sein wird, bei der alle Mitgliedsstaaten der WTO zusammenkommen.

Die Weiterführung des Reformprozesses im internationalen Agrarhandel ist schon im WTO-Agrarabkommen von 1994 festgelegt. Seit dem Jahr 2000 wurden im Landwirtschaftskomitee der WTO Erfahrungen mit der bisherigen Umsetzung des Agrarabkommens ausgetauscht. So genannte nicht handelsbezogene Anliegen wie Ernährungssicherung und Umweltschutz sollten dabei ausdrücklich besonders berücksichtigt werden. Aber erst seit der WTO-Ministerkonferenz in Doha im November 2001 wird „ernsthaft“ verhandelt. Ein Konsens zwischen den verschiedenen Interessen zeichnet sich derzeit nicht ab. Dabei soll eigentlich laut Zeitplan bis Ende März 2003 alles unter Dach und Fach sein.

Zuckerbrot Landwirtschaft

Die EU-Kommission hat das Verhandlungsmandat für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union inne. Für sie verhandelt der EU-Handelskommissar Pascal Lamy, auch für den Bereich Landwirtschaft. Es liegt auf der Hand, dass Landwirtschaft für ihn eine andere Bedeutung hat als für Agrarkommissar Fischler. Zugeständnisse im Bereich der Landwirtschaft sind die „Möhren“, mit denen Lamy die Entwicklungsländer dazubringen will, noch mehr neue Themen wie Investitionen und Wettbewerbspolitik in der WTO zu verhandeln. Dabei haben die Entwicklungs-

länder schon Probleme, die bestehenden Abkommen umzusetzen.

Die Probleme von Hunger und Unterernährung in den Entwicklungsländern werden bisher in den Verhandlungen kaum ernsthaft von den reichen Ländern beachtet. Die Umsetzung des Recht auf Nahrung spielt leider keine Rolle. Nach Meinung von Germanwatch muss der Agrarhandel in den Dienst der Bekämpfung von Hunger und Armut gestellt werden. Das Versprechen aller Regierungen der Welt, Hunger und Armut bis 2015 um die

Landwirtschaft und Ernährungssicherung zu fördern. Deswegen wollen sie das Recht zugestanden bekommen, Ausgleichszölle zu erheben, wenn das Einfuhrvolumen über eine für ihre Landwirtschaft bedrohliche Grenze steigt bzw. der Einfuhrpreis unter eine bedrohliche Grenze fällt.



Bauern aus Entwicklungsländern fordern bei den WTO-Verhandlungen das Recht auf Zölle, wenn steigende Importe ihre eigene Erzeugung von Grundnahrungsmitteln gefährden.
Foto: Archiv

Hälfte zu reduzieren, muss auch im Rahmen der WTO-Agrarverhandlungen eingelöst werden! (Illusorisch!)

Ausnahme für Grundnahrungsmittel gefordert

Das bestehende Agrarabkommen ist sehr stark auf die bestehenden Agrarpolitiken in der EU und den USA zugeschnitten. Die Interessen und die grundsätzlich unterschiedliche Situation der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern werden nicht berücksichtigt. Entwicklungsländer fordern deswegen jetzt berechtigterweise eine Aufhebung dieser „Unausgewogenheit“ des Agrarabkommens. Viele fordern z.B. Grundnahrungsmittel vom weiteren Abbau der Subventionen und Zölle auszunehmen. Auch haben Entwicklungsländer im Zuge der Öffnung ihrer Märkte mit Importfluten subventionierter Agrarprodukte zu kämpfen. Sie gefährden die Absatzmärkte für Kleinbauern und unterhöhlen Bemühungen, eine nachhaltige

„Die Interessen und die grundsätzlich unterschiedliche Situation der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern werden nicht berücksichtigt.“

tiv. Aber eine genauere Analyse entpuppt den von der EU verkündeten „radikal verbesserten Deal“ als Mogelpackung mit geringen Verbesserungen für die

Entwicklungsländer. Es werden scheinbar großzügige Reduzierungen zugestanden, bei den handelsverzerrenden Subventionen um 55%, bei den Exportsubventionen um 45%. Da die Berechnung aber nicht auf aktuellen Zahlen beruht, führt das im Ergebnis zu keiner realen Reduzierung. Zudem werden ca. 68% der handelsverzerrenden Subventionen gar nicht angetastet. Damit verfährt die EU wie die USA weiter nach dem Prinzip: Wir subventionieren und ihr liberalisiert.

Am 18. Dezember 2002 legte Stuart Harbinson, der Vorsitzende des Landwirtschaftskomitees der WTO, ein erstes Übersichtspapier vor. Zwar werden im Anhang die bisher vorgelegten Verhandlungspositionen umfassend dargelegt, aber die eigentliche Zusammenfassung macht deutlich: Entwicklungsanliegen stehen entgegen aller Lippenbekenntnisse nicht im Mittelpunkt. Des weiteren wird klar dargelegt, dass die Positionen nach wie vor weit auseinanderliegen. Doch die Zeit drängt. Im Januar wird dieses Übersichtspapier diskutiert, im Februar soll ein erster Verhandlungsentwurf vorliegen und diskutiert werden und dann bleibt ein Monat bis zur Verabschiedung des Verhandlungsergebnisses. Man muss kein Prophet sein, um sofort zu erkennen: der Zeitplan wird nicht eingehalten werden können.

Trotz Zeitdruck darf aber die politische Debatte und die Einbettung in demokratische Prozesse nicht zu kurz kommen. Seitens der Bundesregierung hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die Federführung bei den Agrarverhandlungen, wobei eine Abstimmung mit den anderen Ministerien erfolgt. Da die Handelspolitik vereinsamt ist, wird von deutscher Seite gerne auf die EU-Kommission verwiesen. Aber Deutschland hat in den entsprechenden EU-Gremien eine wichtige Stimme, um die deutschen Interessen für eine Agrarwende national und global deutlich zu machen. Die Agrarverhandlungen müssen Künast-Sache werden.

Marita Wiggerthale, Referentin für Agrarhandel bei GERMANWATCH

Das Anliegen eines „ausgewogenen“ Agrarabkommens wird aber bisher als radikale Position eingestuft und als nicht verhandlungswürdig abgetan. Da die Verhandlungen in Genf seit einem Jahr für die EU, die USA u.a. nicht nach Wunsch laufen, wird seit Anfang November auf informelle Mini-Ministerkonferenzen gesetzt. Verhandlungen im kleinen Kreis mit handverlesenen Ländern sollen den Durchbruch bringen. Bestehende Koalitionen von Entwicklungsländern sollen gezielt aufgebrochen werden. Die USA hat deutlich gemacht, dass diese Treffen für sie die eigentlichen Foren zur Entscheidungsfindung sind. Die „Ausgeschlossenen“ sollen dann die Ergebnisse nur noch abnicken. Allein diese Vorgehensweise gibt Regierungen, Parlamentariern und Bürgern das Recht, diese Ergebnisse abzuweisen und ihre Nicht-Umsetzung von demokratisch gewählten Regierungen einzufordern.

Der Vorschlag der EU

Am 16. Dezember 2002 gab die EU-Kommission ihren Verhandlungsvorschlag bekannt. Allem Anschein nach wird diese Position auch von den Mitgliedsstaaten unterstützt. Beim ersten Durchlesen erscheint er zunächst posi-

Mongolens Nomaden werden sesshaft

Die Landwirtschaft des zentralasiatischen Landes nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und zwei verheerenden Wintern

Die Mongolei ist ein karges Land mit heißen, trockenen Sommern und eisigen Wintern. Als Folge des Kälteeinbruchs 2000/2001 verendeten mehr als eine Million Tiere. Und dieses Jahr sieht es nicht viel besser aus. Nur ein Prozent des Staatsgebietes ist für

Organisation der Nomaden in Kooperativen oder Brigaden. Deren Aufgabe war weniger die der politischen Überwachung. Stattdessen regelten sie die Landnutzungs- und Wasserrechte, die gemeinschaftliche Futtermittelbeschaffung sowie den Verkauf von

halten, was zu einer verhängnisvollen Überweidung und Überbeanspruchung von Brunnen führt. So gesehen waren die beiden vergangenen Kälte winters mit dem Massensterben von Nutztieren zwar der Ruin für viele Herdenbesitzer, aber gleichzeitig eine Möglichkeit für den beinahe abgegrasteten Boden, sich wieder zu erholen.

mitteln wie Getreide, Kartoffeln und Gemüse auch Grünfütter für die Viehzucht. Das Vieh wird halbnomadisch gehalten, d.h. zum Weidefutter erhält es insbesondere in den Wintermonaten eigenproduziertes oder sogar aus Russland oder China importiertes Futter. Dadurch werden einerseits die hohen winterlichen Verluste gesenkt, andererseits können auf Weideflächen bedeutend größere Herden bei geringem ökologischen Schaden gehalten werden. Im Gegensatz zu nomadischen Züchtern haben diese Betriebe die Möglichkeit, ihre Produkte auf den städtischen Märkten abzusetzen und so die notwendigen Betriebsmittel zu erwirtschaften. Weitere Einkommensmöglichkeiten bieten Getreidemöhlen oder Fischräuchereien.



Ohne eingelagerte Futtermittel führen schneereiche Winter häufig zum Verhungern ganzer Herden. Fotos: briti bay

Nomaden ohne Erfahrung

Vielen der neuen Nomaden fehlt das Wissen traditioneller Viehzüchterfamilien, so dass diese insbesondere in schweren Wintern durch falsche Vorbereitung überdurchschnittliche Verluste erleiden, was sie nicht selten an den Rand des Existenzminimums drängt und teilweise zur Aufgabe der nomadischen Viehzucht und Abwanderung in die Städte zwingt. Erfahrene Viehzüchter vermögen dagegen zwar einen großen Herdenbestand zu erhalten, finden aber für ihre Produkte nur dann auch einen Absatz, wenn sie in der Nähe von Käufern in den kleinen Städten oder der Hauptstadt Ulan Bator umherziehen. Eine Ausnahme bildet die Kaschmirwolle, die von fahrenden Händlern aufgekauft wird. Da die Kaschmirziegen die Böden noch stärker als Schafe beanspruchen, trägt der Kaschmirboom zu einer Verstärkung

Landflucht zu befürchten

Wahrscheinlich verschwinden die Nomaden bald größtenteils aus der Landwirtschaft in der Mongolei, insbesondere jene mit kleinen Herden. Größere Herden, deren Besitzer sich Marktverbindungen zu verschaffen wissen, werden weiter existieren können, allerdings setzt auch hier bereits ein langsamer Trend zu Sesshaftigkeit ein. Das Modell der gemischten Betriebe wird mittelfristig das Bild der Landwirt-

den Ackerbau nutzbar. Auf einer Fläche, die viermal so groß ist wie die Bundesrepublik Deutschland, leben nur 2,4 Millionen Menschen. Der Handel ist schwierig, denn die ungeheuren Klimaschwankungen zwischen Sommer und Winter lassen jede asphaltierte Landstraße nach wenigen Monaten aufspringen. Die nächste Küste ist Tausende von Kilometern von dem zentralasiatischen Land entfernt, die Verkehrswege dürftig: nur eine einzige Eisenbahnlinie führt von Sibirien durch die Mongolei nach China.

In Europa ist die Mongolei bekannt als Heimat des Dschingis Khan, der im Mittelalter mit seinen räuberischen Horden bis nach Polen und Ungarn vordrang. Und tatsächlich erkämpften sich die Mongolen oftmals im Laufe ihrer Geschichte, was sie selbst nicht herstellen konnten. Denn im Gegensatz zu manch gängigem Vorurteil ist das Nomadentum nicht in der Lage, alles zu beschaffen, was die Menschen benötigen. Dazu ist Handel notwendig – oder Krieg.

Im zwanzigsten Jahrhundert schloss sich die Mongolei gleich nach der Oktoberrevolution der Sowjetunion an und wurde der zweite kommunistische Staat auf der Welt. Das kommunistische Landwirtschaftssystem berücksichtigte die Besonderheiten der nomadisch dominierten Gesellschaft erstaunlich gut. Es basierte auf einer Or-

ganisation der Nomaden in Kooperativen oder Brigaden. Deren Aufgabe war weniger die der politischen Überwachung. Stattdessen regelten sie die Landnutzungs- und Wasserrechte, die gemeinschaftliche Futtermittelbeschaffung sowie den Verkauf von

Fleisch und Wolle zu garantierten Fixpreisen. Dies ermöglichte die Beibehaltung der nomadischen Viehzucht. Allerdings fand in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts eine fortschreitende Industrialisierung des Landes statt, begleitet durch den Einzug sesshafter Ackerbaus auf Staatsgütern.

LPGs wurden privatisiert

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Wirtschaftssystems kam es zu einer drastischen Umstrukturierung der Industrie und Landwirtschaft. Die in kommunistischer Zeit errichteten LPGs waren ökonomisch ebenso wenig wie die Fabriken überlebensfähig und wurden inzwischen in kleinere Einheiten aufgeteilt und weitgehend an private Unternehmen verkauft, die nun mit unterschiedlichem Erfolg weitergeführt werden.

Das nach Ende des Ostblocks entstandene organisatorische Vakuum ist bis heute weder durch freiwillige Zusammenschlüsse noch durch staatliches Eingreifen gefüllt worden. Der Staat ist nicht mehr wie früher in der Lage, Land- und Wassernutzungsrechte zu erteilen und zu überwachen oder die wenigen Waldreserven und die Steppe vor Raubbau zu schützen. Statt 30 Millionen Stück Vieh werden in der Mongolei mittlerweile 35 Millionen ge-



Auch in der Mongolei ist Marktnähe entscheidend für diese Existenz von Besitzern kleiner Herden.

der ökologischen Gefahr der Überweidung bei.

Mischformen sind die Zukunft

Unter den neuen Betrieben entwickelt sich mittlerweile eine ökonomisch erfolgreiche Mischform, die Elemente nomadischer Viehzucht mit sesshaftem Ackerbau kombiniert. Diese Betriebe produzieren neben Nahrungs-

schaft dominieren, allerdings nicht flächendeckend, sondern im Einzugsbereich von Städten und Dörfern sowie der wichtigsten Überlandtransportwege. Der daraus resultierende Verlust ländlicher Arbeitsplätze dürfte zu einer weiteren Landflucht insbesondere nach Ulan Bator führen.

Martin Chan

Katapult-Bulette, Kuhfladen-Feuchtraum und Kulturtier-Kunde

Der bizarr-fragmentarisch-agrarische Kunst-Rückblick 2002

Die BSE-Krise und die damals drohende Dämonisierung des Kultur-gutes Kuh spiegelte sich 2001 noch bizarr in einer Rinder-Schlachthälfte, die ein Berliner Künstler vom Hubschrauber aus abwerfen und zerschellen ließ. Im Jahr 2002 erregte – just zur Zeit des Nitrofen-Skandals – vergleichbares Aufsehen ein fliegender Grünkern-Eier-Bratling von 800 kg, der zwei Tage lang öffentlich im Hamburger Hafen in einem riesigen Backofen gebraten wurde. Im Rahmen der „Artgena“-Biennale ließ die Künstlergruppe „Wuuul“ das Objekt dann von einem Riesen-Katapult auf eine 60 Meter lange Flugbahn bringen – als provokatives „Mahnmal gegen die Wegwerf-Gesellschaft“ und als „Ferment des sozialen Stoffwechsels“. Innensenator Schill konnte dieses noch von der rotgrünen Kulturbehörde geförderte Happening trotz vollmundiger Ankündigungen nicht verhindern. Kritiker bemängelten jedoch, der Bratling sei zur Startzeit noch nicht ganz durchgebraten gewesen. Dennoch wurde das Kunstobjekt nach seiner Luftfahrt als Viehfutter angeboten. Ein Sprecher des Bauernverbands riet wegen des bei der Zubereitung verwendeten Elbwassers jedoch von der Verfütterung ab.

Hühner auf der Bühne

In der Theaterszene wirkte derweil die BSE-Verunsicherung weiter: Das Straßburger Nationaltheater uraufführte Jean Francois Peyrets Stück „Die junge Kuh und der Pythagoräer“, in dem es um gentechnische Weltbeherrschungs-Phantasien geht: Verrückte Kühe rannten herum, einsame Kuhköpfe drehten sich auf dem Boden, inmitten von entgleisten DNA-Strängen, und eine wandelnde zarte Frau mit Kuh-schleier imitierte mit einer Geige das Geräusch des Mu-

hens. Das Hamburger Ohnsorg-Theater zeigte ein plattdeutsches Rock-Musical, bei dem eine Kuh auf dem Weg zum Schlachthof das Evita-Lied „Don't cry for me Argentina“ umtextete zu „Ween nich üm mi, Großenaspe“. Im Berliner Hebbel-Theater zeigte das Stück „El suicido“, wie Menschen zu Puppen mit Kuhköpfen werden und dann tanzend geschlachtet werden. Als bei der Würzburger Aufführung der Titel des dadaistischen Theaterstücks „Zwei Hühner werden geschlachtet“ auf der Bühne tatsächlich umgesetzt werden sollte, wurde das von Tierschützern verhindert, die demonstrativ in den Theater-Hühnerkäfig eindrangen. Offenbar auch unter dem Eindruck der Nitrofen-Krise wollte die Künstlerin Christiane Möbus lebende Hühner in einem Käfig drei Wochen lang in einem Essener Linienbus mitfahren lassen – zur „Wiederherstellung der verloren gegangenen Bindung zwischen Mensch und Natur“. Nach dem Stresstod der Tiere erstattete der Tierschutzbund Strafanzeige und forderte die Künstler/in auf, sich andere Ausdrucksmittel zu suchen.

Ehrung des Dungs

Auf dem Verbots-Index etlicher Radio-Stationen landete ein Lied des nostal-

gischen Sängers Max Raabe, der seinem Hit „Kein Schwein ruft mich an“ nun einen Song zum Rinderwahn folgen ließ: „Erst liegt die Kuh im Fieber dann du, mein Lieber... Die Hühner fühl'n sich seltsam fad. Die Schweine sind schon längst malad. So greift die ganze Seuche um. Aufs Publikum.“ Auch der Pop-Star „Ötzi“ bekannte, er sei nur wegen „Angst vor Kühen“ nicht Bauer geworden. Bei einem künstlerischen Flammenopfer in Karwe bei Neuruppin ließ der Künstler Hohlstein fünf riesige hölzerne Stiere von den Zuschauern mit Pfeilen in Brand schießen. In einem Hamburger Restaurant gruppierte Jonathan Horowitz seine Porträts von Rindern, Lammern, Schweinen und Hühnern anbetend um einen erhöhten Tofu-Block. Die Augsburger Kunstvereinigung Gedok zeigte eruptive, stark farbige Gemälde von Rita de Muynck, in denen sie unter dem Titel „Rindsgulasch“ ihre „Nachbarinnen“, die Kühe im bayerischen Oberland, darstellte.

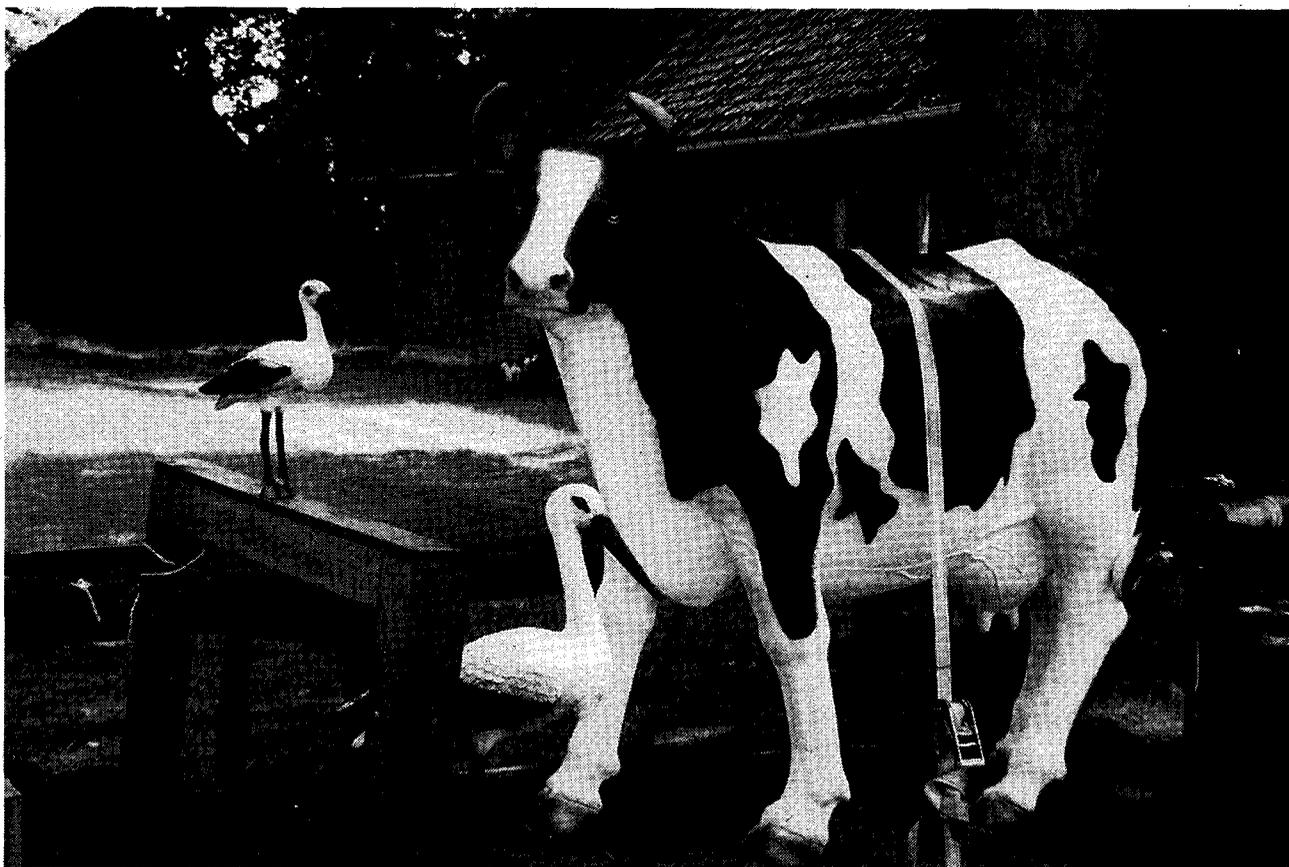
Das Kunstmuseum Wolfsburg präsentierte junge britische Künstler, darunter Damien Hirst mit „Fliegenfabriken“, „Eingelegte Schweinehälften“ und „Elefantendung-Gemälde“. Parallel zeigte die erfolgreiche Kuhmist-Ausstellung „Bullshit“ im ostfriesi-

sehen Campen Objekte von Bernd Eilts: unter anderem eine „Kuhfladenuhr“, aber auch den alten Stallplatz der ehemaligen Kuh „Elsa“, Fliegen, Stroh, Gerüche und eine ratternde Melkmaschine. „Frisch geerntete Kuhfladen“ in einem Museums-„Feuchtraum“ mit kulturellen Gesängen dienten der direkten Konfrontation mit dem frischen Fladen und der Ehrung des „goldenen Schisses“. Viele Besucher fühlten sich an ihre eigene Kindheit erinnert, als sie barfuss über eine Weide liefen und plötzlich in einem warmen Kuhfladen landeten.

Fallende Hüllen und Leucht-Obst

Aber auch der Pflanzenbau bot genügend Raum für künstlerische Verfremdung: Vor allem natürlich in unzähligen Mais-, Topinambur- und Hanflabyrinth, in immer neuen Formen: in Kappel-Grafenhausen eine 170 Meter große Friedenstaube, in Utting eine Weltkarte, in Mehringen ein Inka-Reich. Mehr Gestaltungsfreude an Getreidefeldern fanden auch in diesem Jahr interplanetarische und irdische Kornkreis-Schaffende, gewürdigt durch zahlreiche Besucher und durch den Kino-Film „Signs“.

Ein zunächst geheimnisvoller Kornkreis im Weizenfeld der brandenburgischen „Agrargemeinschaft Schönwalde“ fand allerdings ein ernüchterndes Ende. Zunächst hatten 800 Kornkreisfans bei Geschäftsführer Gratzias je einen Euro Eintritt gezahlt und neben Bratwürsten auch Andenkentüten (mit Photo, Ähre und im Kornkreis gefundenem Silizium) gekauft. Dann aber bekannte der „Stern“, dass er mit Hilfe von Holzrollen und Schnüren den Kornkreis hergestellt hatte.



Ein 500 Meter großes „Bodenbild“ des Pferdes Pegasus pflügte Heinz Flottran in ein Feld bei Bad Frankenhausen. Ein „Nacktpflügen“ gab es im hessischen Nied, als sich Landwirt Georg Diehl hüllenlos auf seinem Fendt filmen ließ – angeblich für die Flutopfer und zur Ehre der Sonnenkönigin, vielleicht aber auch als FDP-Wahlkampfaktion. In einen riesengroßen „Abwärtsstrudel“, geformt aus Strohballen, fuhren im Landkreis Rhön-Grabfeld demonstrativ 50 Bauern mit ihren Treckern hinein, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. In Ludwigsburg wurde die weltgrößte Kürbis-Pyramide mit 15 Metern Höhe errichtet.

„Heuhaufen im Licht der untergehenden Sonne“ wurde in London für 32 Mio. Mark versteigert. Pferdebilder standen im Mittelpunkt der Worpweder Galerie Kühn. Bunt bemalte Plastik-Kühe gibt es mittlerweile an vielen Orten, nicht nur in Zürich, New York oder in der Hamburger Milchstrasse, auch in Oberhausen, Düsseldorf, Hannover, am Nürburgring und inmitten weidender Echt-Kühe in Otterfing. In Bremen und Ebstorf kann man Schweineskulpturen bewundern, in Frankfurt trieben im September 5.000 Gummi-Enten den Main hinab. Schon direkter mit Kunst und Landwirtschaft zu tun haben die bunten Fliesen im

KURZES AM RANDE

Landwirtschaftsministerium aufgelöst

Das schleswig-holsteinische Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus wird zum 1. Februar 2003 aufgelöst; seine Aufgaben werden von vier verschiedenen Ressorts übernommen. Die Bereiche Landwirtschaft, Fischerei und Tierseuchenfonds werden vom Umweltministerium übernommen, das zur Zeit dem Minister Klaus Müller (Bündnis 90/Die Grünen) untersteht und nun „Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft“ heißen wird. Die Bereiche Ernährungsindustrie und Tourismus wandern ins Wirtschaftsministerium, während das Sozialministerium zur „Bündelung des Verbraucherschutzes“ (Heide Simonis) aufgewertet wurde zum „Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz“, das fortan die Bereiche Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen, Qualitätssicherung und Reaktorsicherheit übernimmt. Außerdem fällt dem Ministerium unter Ministerin Heide Moser (SPD) auch die Dienstaufsicht über die Landeslabore zu. Das Innenministerium unter dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Klaus Buß (SPD) schließlich übernimmt aus dem Landwirtschaftsressort die Bereiche Landesplanung, Ländliche Räume, EU-Strukturpolitik, Flurneuordnung, Dorfentwicklung und Küstenschutz. Die Spitze des ehemaligen Landwirtschaftsressorts – Ministerin Ingrid Franzen (SPD) und Staatssekretär Aloys Altmann – wird entlassen; Frau Franzen kehrt als einfache Abgeordnete in den Landtag zurück. stü

„Alles sehr schön“

Frustriert über die Politik des hessischen Ministerpräsidenten zeigte sich laut *Frankfurter Rundschau* der bekannte Ökobauer Paul Erich Etzel, selbst CDU-Mitglied. Manfred Koch habe ihm zwar bei einem Hofbesuch auf die Schulter geklopft und gemeint: „Alles sehr schön, kann man unterstützen.“ Doch passiert sei gar nichts. Koch lasse seinen Landwirtschaftsminister das Geld in ganz andere Sachen stecken, etwa in inhaltsbedürftige PR-Aktionen wie „Sauberes Hessen“ oder in die anspruchlose Regionalmarke „Gutes aus Hessen“. pm

Skandal ohne Folgen

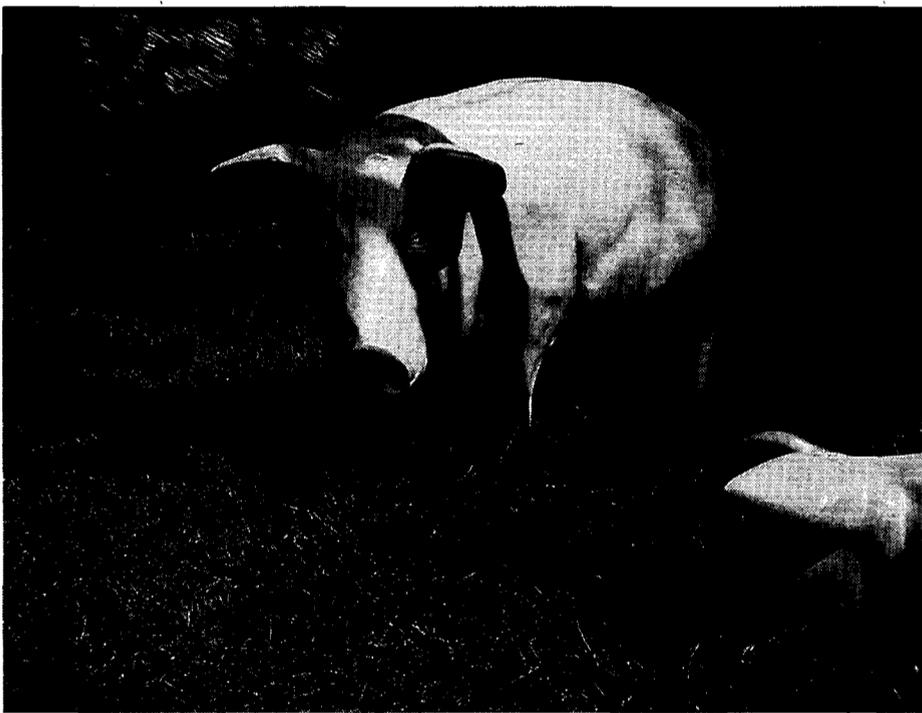
Der Nitrofen-Skandal scheint nach Meinung des *Spiegel* ohne Folgen für die Beteiligten zu bleiben. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg wolle das Verfahren gegen die Futtermittelfirma GS agri einstellen. Allerdings warte man noch auf eine Studie, die klären soll, ob Nitrofen in den gemessenen Mengen überhaupt gefährlich gewesen sei. pm

Raps gekaut und Stimmung versprochen

„Frau Merkel geht zum Rapsfeld, reißt ein Blatt ab und kaut es langsam. ‚Schmeckt nach Kohlrabi.‘ Währenddessen betritt FDP-Chef Westerwelle die Halle. Gerd Sonnleitner erinnert Westerwelle daran, dass er 2002 bei seinem Rundgang Aufbruchstimmung verbreitet habe, die nun mit der neuen Regierung dahin sei. ‚Ich habe Rot-Grün nicht gewählt, und die Stimmung kommt schon wieder,‘ sagt der Liberale und konzentriert sich dann auf Landjugend und -frauen.“ (*Berliner Morgenpost* über die „Besuche hochrangiger Oppositionspolitiker bei der Grünen Woche“)

Orden in Agrarindustrie

Das Verdienstkreuz 1. Klasse des Niedersächsischen Verdienstordens hat der niedersächsische Ministerpräsident Gabriel dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Big Dutchman AG, Josef Meerpohl, verliehen. Big Dutchman ist weltweit im Bau von Geflügelställen aktiv und eines der dominanten Unternehmen im Süddoldeburger Agrarindustrie-Komplex. Meerpohl habe, so Agrarminister Bartels, den Interessen der Stadt Vechta, des Oldenburger Münsterlandes und des Landes gedient. Er habe sich u.a. beim Aufbau des Kompetenzzentrums Ernährungswirtschaft und bei der „Frage eines verbesserten Tierschutzes“ hervorgetan („aber nicht im nationalen Alleingang, sondern im politischen Konsens in Europa“). Mit Blick auf das deutsche Käfig-Verbot hat der Big-Dutchman-Chef Bernd Meerpohl übrigens kürzlich in einem Artikel verlangt, „den momentanen Weg zum ‚Agrarkommunismus‘, wo der Staat angebotsorientiert Reglementierungen vorschreibt, zugunsten einer nachfrageorientierten Agrarpolitik zu verlassen“. Als Reaktion auf „Entscheidungen, die derzeit in Deutschland in Sachen Tierhaltung getroffen werden“, bezeichnete Big Dutchman denn auch die Verlagerung eines Teils der Produktion nach Arabien. Aber die gleichzeitig geäußerte Absicht, die arabischen Emirate, die „auf halbem Weg nach Asien“ lägen, „als Sprungbrett zu nutzen“, zeigt vielleicht die wirklichen Gründe auf. Und noch ein Orden ging ins Agrarbusiness: Das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland hat der bayerische Agrarminister Miller dem Präsidenten des Raiffeisenverbandes Manfred Nüssel überreicht. pm



Bei einer Performance-Nacht der Künstlerinnen-Stiftung „Die Höge“ verwandelten sich bei Percussion-Musik die Tänzerinnen und ihre Körperteile in „leuchtendes Baumobst“. Ein Konzert im (leeren und akustisch hervorragenden) Gullepott kam in Tanna zu Gehör. Im Rahmen der Mannheimer Mozartwoche wurden 3.000 Legehennen mit Musik des Komponisten zu vermehrter Leistung angespornt. In seinem „Kartoffelzoo“ stellte der Giessener Landwirt Ohly lustige Kartoffelfiguren aus, bevor er sie dann verfütterte. Dressuren mit sechs Frisian-Kühen zeigte der Zirkus Althoff. Die Redaktion der „Titanic“ erntete wütende Reaktionen auf ihren „Nachweis“, wonach die Schweizer von den Kühen abstammen sollen. Bei „Wetten dass“ identifizierte ein Bauer alle seine Kühe an der Euterform.

Plastik-Kuh und Gummi-Enten

Die Bremer van Gogh-Ausstellung „Felder“ zeigte blühende Kornfelder und gepflügte Äcker, die Villa Flora in Winterthur zeigte van Gogh-Werke unter dem Titel „Der Sämann“. Im Mittelpunkt der Düsseldorf Miro-Ausstellung stand das Gemälde „Der Bauernhof“. Monets Gemälde

Kuhstall des Bioland-Hofes Böse-Harting in Thedinghausen-Eißel, die mit Regenbogen-Farben und Picasso-Design den jeweiligen Kuh-Persönlichkeiten gerecht werden. Das Juni-Heft von „bioland“ widmete sich der „Agrikultur“: mit Gedanken zum Thema „Was kultiviert die Agrikultur?“, „Höfe als Kulturgut“, zu den Landschaftskunst-Ausstellungen des Bevenser Schweizerhofs, zu Kunst im Kuhstall auf dem Biohof Eilte, zum Witzenhäuser Uni-Projekten „Ackern auf dem Kunstacker“, zum Upländer „Milchmuseum“ und zur „Kulturtierkunde“, bei der man „Tiere verstehen lernt“.

Lebende Werbung

Angesichts von soviel Agrikultur kann uns eine Plakat-Serie der Werbe-Firma WALL egal bleiben, die auf verschiedenen Tafeln folgenden Text zeigte: „Plakatwände auf dem Land – sind eine tolle Sache – Aber Schafe und Kühe gehen so selten einkaufen.“ Denn wir auf dem Land brauchen keine Plastikkuhe als Attraktionsmittel – bei uns locken die Kuh-Originale zum Einkauf auf dem Bauernhof!

Eckehard Niemann

Wahrheit nicht Legitimität

beim Beitrag über den „Europäische Agrarkulturkonvent“

In der letzten Bauernstimme auf Seite 14 „der europäische Agrarkulturkonvent“, war ich erstaunt zu lesen, die europäische Bauernkoordination CPE „stellte die Legitimität des ganzen Verfahrens in Frage: die Vermischung von Politik und Interessenvertretung öffnete die Tür für Manipulation und Irreführung der Öffentlichkeit.“

Als Vertreter der CPE am 3. und 4. Dezember habe ich das nicht gesagt. Ich

habe nur stark betonen müssen, dass die Deklaration des Konvents nicht „im Namen der zivilen Gesellschaft“ veröffentlicht werden konnte wie es von uns vorgeschlagen wurde. Denn im Konventprozess haben viele Vertreter von EU-Institutionen (EU-Parlament EP, Kion, Regierungen) teilgenommen und der Prozess wurde im EP koordiniert. Ich habe einfach verlangt, dass dies am Anfang der Deklaration erklärt

wird. Es ging hier nicht um Legitimität sondern um Wahrheit.

Weil die Konventsdeklaration über die GAP-Reform klar den Kommissionsvorschlag befürwortete, weil nicht alle Teilnehmer mit der Linie des GAP-Reformvorschlages der Kommission einverstanden waren (z.B. alle Organisationen der CPE mit Ausnahme der AbL) und weil es keine Liste der mit der einverständlichen Personen am Schluss der Deklaration gab, sollte für die Leser der Deklaration klar sein, dass nicht alle Teilnehmer mit der Deklaration einverstanden sind. Ich war

nur erstaunt, den Nachdruck auf diese Sache legen zu müssen.

Die Leser der Bauernstimme würden diesen letzten Paragraphen besser verstehen, wenn sie regelmäßig über die Positionen der CPE, besonders zur GAP-Reform, informiert wären, auch oder gerade wenn es mit der Position der AbL klare Unterschiede gibt. *Gérard Choplin,*

Koordinator CPE, Brüssel

Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor Leserbriefe zu kürzen.

Bäuerliche Landwirtschaft eine Modeerscheinung?

Rückblick auf die Mitgliederversammlung in Altenkirchen

Mit großem Interesse habe ich die letzte Bauernstimme gelesen und mich darüber gefreut, dass nicht nur das „Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft“ endlich Gestalt annimmt sondern auch wir in der Diskussion um „was ist bäuerlich“ ein gutes Stück vorangekommen sind. Doch je mehr ich mich freute, desto nachdenklicher wurde ich und es beschlich mich das Gefühl, „da fehlt doch was“. Zuerst einmal unterwarf ich das Bild des bäuerlichen Familienbetriebes (zu dem ich mich auch zähle) einer kritischen Überprüfung: und schnell fing die Fassade an zu bröckeln. Anfang der 70er Jahre hatten all die, die an Konzepten von Landkommunen herumdachten und versuchten, sie in die Praxis umzusetzen, das Bild des bäuerlichen Familienbetriebes als konservativ-reaktionär und keiner Diskussion würdig abgetan. Und wir jetzt 30 Jahre später? Werden wir in 30 Jahren genauso out sein oder haben zumindest Teile unserer heutigen Ideen eine Zukunftsperspektive?

Der erste Schritt war, bäuerliche Landwirtschaft nicht mehr als ein statisches System zu begreifen sondern als eine Idealvorstellung, der man mehr oder weniger nahe kommen kann.

Fakt ist, dass die ganze Diskussion um bäuerliche Landwirtschaft nur zu begreifen ist als eine Gegenreaktion zu der dramatischen Orientierung der Höfe in Richtung einer ausschließlichen kapitalintensiven Produktionsweise, bei der viele Bauern auf der Strecke geblieben sind. Daher ist es auch immer leichter, zu formulieren, was wir nicht wollen. Doch was genau sind die objektiven Kriterien, die für unsere Forderungen sprechen und langfristig Bestand haben? Oder sind wir doch nur eine Modeerscheinung im Laufe der Geschichte?

Bei der Suche nach objektiven Kriterien stoßen wir schnell auf den Begriff der

Nachhaltigkeit. Mangels eines ausgetretenen Denkweges will ich versuchen, diese Idee weiter zu entwickeln, indem ich sie auf andere Bereiche erweitere. Auch Nachhaltigkeit entstand in der Forstwirtschaft als Idee gegen den zuvor praktizierten Raubbau. In Zukunft sollte nicht mehr Holz zur Nutzung entnommen werden als jährlich nachwuchs. Das ist kein statisches System sondern die Begrenzung der Nutzung menschlichen Wirtschaftens durch materielle und natürliche Faktoren.



Die Diskussionen über Bäuerlichkeit haben auf der AbL-Mitgliederversammlung 2002 neue Denkanstöße gegeben. Foto: Schimpf

1. Inzwischen wurde daraus die Forderung nach der **ökologischen Nachhaltigkeit** z. B. bei der Bodenbewirtschaftung. Es ist einleuchtend, dass wir die natürlichen Grenzen respektieren müssen, soll unsere Landwirtschaft langfristig Bestand haben. Wenn wir heute bei vielen Lebensmitteln schon mehr als 50 fossile Kalorien verbrauchen um eine Kalorie an Nahrungsmitteln auf den Tisch zu stellen, ist klar, wie weit wir von nachhaltiger Produktion entfernt sind und wie unrealistisch es ist, dass unsere intensive Form der Landwirtschaft im Weltmaßstab funktionieren könnte.

2. Soziale Nachhaltigkeit

So ist bei uns ein ansonsten bäuerlicher Betrieb akut gefährdet, wenn er

z.B. autoritär geführt wird und die nächste Generation nicht bereit ist, unter den bestehenden Strukturen den Betrieb zu übernehmen.

Hier spüren wir, dass bäuerlich mehr sein muss als der oft beschriebene vielseitige nicht zu große Familienbetrieb. Das Beispiel Dänemark zeigt, dass es auch andere Möglichkeiten der Hofübergabe gibt. Gibt es deshalb dort weniger bäuerliche Betriebe?

3. Als Drittes sehe ich die Forderung nach der **ökonomischen Nachhaltig-**

keit. Unsere Landwirtschaft hat sich der Herausforderung zu stellen, alle Bewohner Deutschlands mit Grundnahrungsmitteln versorgen zu können. Für sogenannte Entwicklungsländer ist das eine Existenzfrage. In Europa liegt das Problem eher im Subventionssystem, das verhindert, dass sich gerechte Austauschbedingungen zwischen Produzenten und Konsumenten bilden. Zusätzlich führt es zur Verzerrung innerhalb der Landwirtschaft, weil nur wenige Betriebe einen großen Teil der Gelder für sich beanspruchen und sich so von der Notwendigkeit entfernen, aufgrund der natürlichen und sozialen Grundlagen nachhaltig zu produzieren. Auch das Subventionssystem selbst ist alles andere als nach-

haltig – weil auf die Dauer einfach unbezahlbar!

4. Die letzte Erweiterung des Begriffs Nachhaltigkeit ist gewöhnungsbedürftig: die **geistige Nachhaltigkeit** als Kriterium für Bäuerlichkeit! Unabhängig von philosophischen oder religiösen Grundeinstellungen werden wir darin übereinstimmen, dass wir unser geistiges Erleben der Welt und unsere Erkenntnisse als einen Teil, eine Momentaufnahme der Geschichte ansehen können. Daraus folgt logisch, dass es auch hier eine Entwicklung geben muss – aber wohin?

In der Auseinandersetzung mit den materiellen Grundlagen und Grenzen des Lebens (nicht den finanziellen und auch nicht den virtuellen) haben wir eine Möglichkeit, diese Impulse zu bekommen. Die Landwirtschaft bietet durch ihren direkten Bezug zu den materiellen Grundlagen des Lebens beste Voraussetzungen dazu. Allerdings müssen wir uns auch vom landwirtschaftlichen Produktionsbetrieb weg zu Orten der Agrarkultur hin entwickeln.

In der aktuellen Situation ist die Orientierung am bäuerlichen Familienbetrieb als Gegenpol zur Agrarindustrie sinnvoll und es gibt zur Zeit kaum eine Alternative. In anderen Ländern wie in Südamerika haben wir seit Jahrzehnten die Bildung von landwirtschaftlichen Kooperativen begrüßt, die die Entwicklung in die eigenen Hände nehmen und bestimmt nicht weniger bäuerlich sind als wir. Es lassen sich viele verschiedene Formen von Landwirtschaft für die Zukunft denken. Wenn wir zumindest eine Ahnung davon haben, wohin wir wollen, können auch wir die Entwicklung „in die eigenen Hände“ nehmen, statt sie den Experten zu überlassen. Ich hoffe, dass meine Gedanken dazu beitragen können.

Eberhard Prunzel-Ulrich

Zu Gast bei der AbL



Gute Laune bei der Mitgliederversammlung

Foto: Schimpf

Als holländischer Landwirt mit grenzüberschreitenden Aktivitäten – ich bin Mitglied der IG Nachbau – hatte ich im November Gelegenheit, der AbL-Tagung in Altenkirchen beizuwohnen. Unser Berufsverband, der niederländische Ackerbauernverband (NAV), ist wie die AbL Mitglied von Via Campesina. Der NAV hat etwa 1.000 Mitglieder, pflegt Kontakte zu kritischen Bauernverbänden in Deutschland, Frankreich und Spanien und nahm an der Gründung der Coordination pour la Défense des Semences Fermières (Zusammenschluss zur Verteidigung des Rechts auf Nachbau) in Paris teil. Die Mitglieder betreiben hauptsächlich Ackerbau, eine Minderheit auch biologischen.

Auch in den Niederlanden ist die EU-Halbzeitbewertung ein heiß diskutiertes Thema bei Fachverbänden und Agrarindustrie. Für mich als NAV-Mitglied, Anbauer von Stärkekartoffeln und Fleischviehhalter war der Besuch von EU-Agrarkommissar Franz Fischler Grund genug, die 450 Kilometer von Klazienaveen nach Altenkirchen zu reisen. Ich fühlte mich in der gemütlichen Atmosphäre der Tagung sofort wohl und fand alte und neue Gesprächspartner, die dieselben Sorgen, Probleme und Ideale haben.

Trotz der gemütlichen Atmosphäre war die Programmführung sehr professionell. Hier wirkten sich die guten Kontakte der AbL zur Politik positiv aus. Durch die genaue Vorarbeit konnte die Zeit optimal genutzt werden. Die Forumsdiskussion mit deutschen Politikern war auch für mich interessant, weil viele Themen grenzüberschreitend sind.

Der EU-Kommissar formulierte klar, direkt und konsequent seinen Standpunkt zur Entkoppelung. Sein Agrarhintergrund war ein Plus. Unabhängig davon, ob man mit seinen Vorschlägen einverstanden war oder nicht (ich war es in vieler Hinsicht), es war deutlich, dass er wusste, worüber er sprach und welche Folgen die Agrarpolitik für Bauernfamilien hat. Es ist realistisch, den Reformbedarf der Landwirtschaft zu akzeptieren. Leider muss man jedoch feststellen, dass auch die neuen Vorhaben

nicht gerade ein Beispiel politischer Gerechtigkeit sind. Für die Kollegen, die sich schon länger von der Marktfruchtproduktion abgewendet haben, würden sie sich wettbewerbsverzerrend auswirken.

Die unverkürzte Entkoppelung – was auch der AbL-Vorsitzende von ihr halten mag – für die europäische Stärkekartoffelindustrie wäre sie katastrophal. Von dieser in Holland genossenschaftlich betriebenen Industrie, die sich ohnehin schon in einer schwierigen Lage befindet, ist der weitaus größte Teil der Ackerbauern in der nordöstlichen Region abhängig. Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt bei 35 ha – auch das ist bäuerliche Landwirtschaft! Gern hätte ich auch von Franz Fischler erfahren, warum die Kommission in der Halbzeitbewertung meint, die Einkommen in der Landwirtschaft hätten sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt und die Direktzahlungen verlören ihren Charakter von Preiskompensationen. Leider fehlte dazu die Zeit.

Interessant war es auch, bei der IG Nachbau über den letzten Stand der Dinge informiert zu werden. Besonders bewegt haben mich die Worte eines Berufskollegen, dessen Haare noch etwas grauer waren als meine, der während des Abendessens zu mir sagte: „Du bist also Holländer. Ich war noch ein Junge, als der Krieg ausbrach. Ein paar Jahre nach Kriegsende wurden wir von einer holländischen Landjugendbewegung eingeladen. Wir waren auf einem Bauernhof im weiten friesischen Land untergebracht und durften im Ehebett der Familie schlafen. Nie werde ich die Wärme und Gastfreundschaft vergessen, die wir dort erfahren haben.“

Auch ich möchte mich bei der AbL für die Gastfreundschaft bedanken. AbL und NAV haben viele gemeinsame Interessen und Ideale, aber auch viel, worüber wir noch diskutieren müssen. Der AbL-Geschäftsführer Georg Janßen hatte die Idee, noch in diesem Winter in der Grenzregion ein gemeinsames Treffen zu organisieren. Das sollten wir machen!

Roelf Maarsingh,
Klazienaveen, Holland

Schade ...

Das die Frauentagung der AbL-Frauen nicht stattgefunden hat. Ich hoffe nicht aus mangelndem Interesse oder zuviel Arbeit sondern aufgrund einer anderen wohlthuenden und entspannenden oder auch spannenden Alternative.

Letztes Jahr im Kloster Banz war ich leider nicht dabei, nicht aus Interessenmangel, sondern eher wegen meiner Zurückhaltung, nicht so richtig dazu zu gehören, als nicht ganz echte Bauersfrau mit Familienbetrieb. Noch heute klingen mir Maria Heubuchs Worte auf der Mitgliederversammlung 2001 im Ohr: „Das ist genau das Richtige, was uns Frauen zusteht und was wir uns gönnen müssen!“ Nach dem Artikel in der Bauernstimme

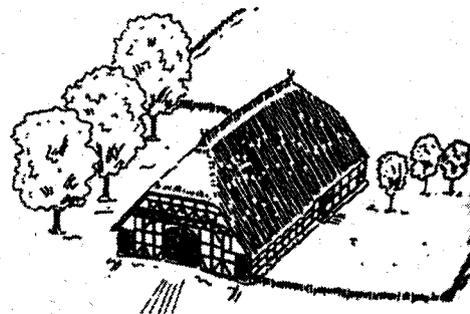
me Anfang 2002 war dann klar: Da will ich 2003 auch auf jeden Fall hin. Mein Freund hat mir kräftig zugestimmt und war sehr neidisch, nicht mitzudürfen. Da einige Teilnehmerinnen die Anfahrt nach Bayern zu weit war, wurde die Entscheidung getroffen, zumal ja Ute Rönnebeck von der evangelischen Landjugendakademie ein spannendes Thema mit passender Referentin vorgeschlagen hatte, sich in Altenkirchen zu treffen. Ich war ja ein bisschen enttäuscht, das Kloster Banz nicht kennen zu lernen und wäre gerne von Hamburg bis ins ferne Bayern gereist, aber auch in der Landjugendakademie kann man es sich ja bekanntermaßen sehr gut gehen lassen. Und dann kam drei Tage vorher die Absage auf dem Band des Anrufbeantworters. Leider waren nur fünf Anmeldungen eingegangen, die Veranstaltung wird abgesagt. Sehr, sehr schade!

Die Power der AbL-Frauen hat doch gerade angefangen, mich mitzureißen und ich wollte meinen Elan in so richtig gute Bahnen lenken lassen. Die AbL-Frauen haben mir doch gezeigt, dass neben Beruf und Familie doch noch einiges möglich ist und ein bisschen Zeit hätte ich schon noch zu vergeben.

Also, ran an die Arbeit, wie Georg Janßen so schön gesagt hat und nicht auf nächstes Jahr Kloster Banz oder Altenkirchen warten.

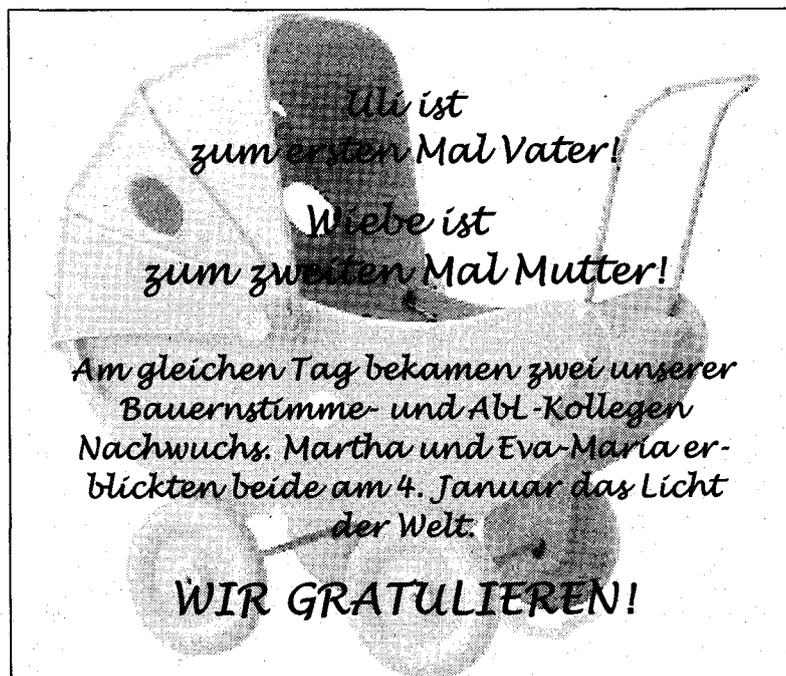
Sehr, sehr schade!

Also, ran an die Arbeit, wie Georg Janßen so schön gesagt hat und nicht auf nächstes Jahr Kloster Banz oder Altenkirchen warten.



... aus Schleswig-Holstein

Eine Bäuerin (32 Jahre) erzählt...



Bei Milchvieh noch keine Futter-Wende in Sicht

Auch nach dem BSE-Schock hat sich wenig an den Milcherzeugungsbedingungen geändert. Züchterisch und fütterungstechnisch sollte mehr aufs Grundfutter gesetzt werden. Dazu wäre auch ein Umdenken der Bauern notwendig. Leicht gekürzter Auszug aus dem Kritischen Agrarbericht 2003

Als im November 2000 der BSE-Schock die Bundesrepublik Deutschland traf, hatte es den Anschein, als würde als Folge dieses Ereignisses ein Überdenken der landwirtschaftlichen Milcherzeugungspraxis mit ihrem hohen Intensivierungsgrad stattfinden. „Das Kalb trinkt Milch und die Kuh frisst Gras“ war ein häufig

fütterte Kraftfuttermenge (bei 11 dt je Sau und Jahr und 240 Kilogramm Lebendmasse errechnen sich ca. 4,5 dt pro 100 Kilogramm). Innerhalb der Systematik der Wiederkäuer zählt das Rind zu den Raufutterfressern. Bei der Betrachtung der anatomisch-morphologischen Unterschiede zwischen den einzelnen Wiederkäuerarten wird

ermolken werden, ist schlichtweg falsch, obwohl dieses in vielen Schulen noch gelehrt wird bzw. in Rationsrechnungsprogrammen nach wie vor Verwendung findet. Als Folge der kraftfutterbedingten Grundfutterverdrängung, aber auch infolge der Verschlechterung der Verdauungsbedingungen (zum Beispiel verringerte Verweildauer

der strukturreichen Futterbestandteile im Pansen durch hohe Kraftfuttermengen) werden nur Milchmengensteigerungen von durchschnittlich einem Kilogramm Milch pro Kilogramm Kraftfutter erreicht. Bei hohen und sehr hohen Kraftfuttermengen sinkt diese Verwertungsrate noch weiter ab und liegt im Bereich

Kraftfutter und Gesundheit

Die gesundheitlichen Folgen hoher Kraftfuttermengen sind umfassend untersucht worden. In einer Übersichtsarbeit zum Thema Pansengesundheit weist Engelhard Boehncke auf die möglichen Gesundheitsprobleme durch Kraftfutterüberfütterung hin: Schädigungen des Pansenepithels, Störungen der Pansenfunktion (Azidose), Leberschädigung, Klauenprobleme, Mastitis, gestörte Immunität, Labmagenverlagerung.

Diese Auflistung der Gesundheitsprobleme macht deutlich, dass die gegenwärtige Fütterungspraxis mit hohen Kraftfuttermengen keineswegs zu gesunden oder gar langlebigen Tieren führt. Auch kann die Frage der gesundheitlichen Auswirkungen hoher Kraftfuttermengen nicht losgelöst von der Leistungsfrage diskutiert werden. Nach Moritz Metzner steigt die Auftretswahrscheinlichkeit für die Krankheitskomplexe Mastitis, Klauenerkrankungen, Genitalkatarrhe, Eierstockzysten, Nachgeburtshaltungen und Milchfieber mit zunehmender Leistung deutlich (Tabelle 2), ganz ähnliches gilt für die Labmagenverlagerung. Welchen Anteil das Kraftfutter an diesem Zusammenhang zwischen Leistungssteigerung und Verschlechterung der Tiergesundheit hat, ist schwer zu sagen. Auffallend ist jedoch, dass sich in der Literatur zahlreiche Hinweise darauf finden, dass ein reduzierter Kraftfuttermengeinsatz zu einer Verbesserung der Tiergesundheit führen kann, obwohl v. a. im Zusammenhang mit Hochleistungen immer wieder das Gegenteil behauptet wird.

In mehrjährigen Versuchen in Österreich konnten Alfred Haiger und Johann Sölkner von der Universität für Bodenkultur aus Wien selbst bei vollständigem Verzicht auf Kraftfutter keine Verschlechterung der Tiergesund-

Veränderung in Milchviehbetrieben in Bezug auf die Bedeutung von Silomais und Weide

	Milchleistung in kg	Grundfutterleistung in Prozent	Silomais/Kuh in ha	Betriebe mit ... Prozent		
				Weidegang	Halbweide	Kein Weidegang
1983/84	5834	24	0,13	89	2	9
1987/88	6274	34	0,15	74	8	18
1991/92	6631	40	0,16	49	27	24
1995/96	6620	37	0,21	37	39	24

zu hörender Slogan, verbunden mit der Forderung nach entsprechenden Veränderungen der Fütterungspraxis. Betrachtet man die Entwicklung in der Rinderfütterung seit dieser Zeit, so muss man feststellen, dass sich praktisch nichts verändert hat. So blieb in den Betrieben der Rinderspezialberatung Schleswig-Holstein der Verbrauch an Milchaustauschern auch im BSE-Jahr 2000/01 praktisch konstant, ein Anstieg der Vollmilchverfütterung war nicht zu beobachten. Auch der Kraftfutterverbrauch blieb in diesen Beratungsbetrieben bei ca. 20,5 dt pro Kuh und Jahr. In den Referenzbetrieben der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern lag er im Wirtschaftsjahr 2000/01 sogar bei 28,2 dt pro Kuh und Jahr. Schon seit Jahren ist ein Rückgang des Weidegangs und eine Zunahme der ganzjährigen Silagefütterung zu beobachten (Tabelle 1). Um die Entwicklungen in der Milchviehfütterung insgesamt bewerten zu können, sind neben den ökonomischen und arbeitswirtschaftlichen Bedingungen auch ethische, ernährungsphysiologische und tiergesundheitliche Gesichtspunkte von Bedeutung.

Das Rind ist ein Wiederkäuer

So banal diese Aussage klingt, so sehr verwundert es, wie wenig sich diese Tatsache in der Fütterungspraxis widerspiegelt. Bei einem jährlichen Kraftfuttermengeinsatz von 28 dt pro Kuh und Jahr (2) und einer geschätzten Lebendmasse der Kühe von 700 Kilogramm ergibt sich ein Kraftfutterverbrauch von 4 dt pro 100 Kilogramm Lebendmasse, was nur unwesentlich weniger ist als die jährlich an Sauen ver-

sichtbar, dass das Rind einen gröberen, nicht auf Entsaften des Futters ausgerichteten Kauapparat, einen im Verhältnis kleineren Labmagen, aber einen längeren Darm sowie einen auf Verzögerung ausgerichteten Verdauungskanal hat. Diese „Spezialisierung“ führt zu optimaler Ausnutzung faserreicher Futterstoffe, birgt aber auch das Risiko der Schleimhautschädigung durch strukturarme Kraftfuttermengen, da sich in den Nischen des Verdauungskanals regelrechte Azidose-Fallen bilden können. Schließlich sollte auch nicht vergessen werden, dass dem Weidetier Rind die Ausübung aller natürlichen Verhaltensweisen nur bei Weidegang vollumfänglich möglich ist.

Ausgehend von dieser wesensgemäßen Betrachtung muss gefordert werden, dass die Rinder ein Maximum an Weidegang, eine überwiegend aus Raufutter bestehende Ration und daraus folgend nur ein Minimum an Konzentrattfutter erhalten sollten. Kritiker dieser Forderungen halten entgegen, dass die Rinderzucht zu Leistungen geführt hat, die einen erheblichen Kraftfuttermengeinsatz unumgänglich machen, da ansonsten die Tiere krank werden und dass auch aus ökonomischer Sicht niedrige Leistungen durch zu geringen Kraftfuttermengeinsatz nicht vertretbar sind. Daher soll nachfolgend auf diesen Einwand eingegangen werden.

Kraftfutter und Leistung

Die Zahl der Publikationen, in denen die Wirkung von Kraftfutter auf die Leistung untersucht wurde, sind überaus zahlreich. Die Annahme, dass aus einem Kilogramm Kraftfutter mit 6,4 Megajoule NEL zwei Kilogramm Milch

von 0,5 Kilogramm Milch pro Kilogramm Kraftfutter oder sogar noch darunter, vorausgesetzt die Milchkühe können jederzeit ad libitum Grundfutter aufnehmen. Dies bedeutet, dass bei einem Herdendurchschnitt von 8.000 Kilogramm Milch und einem Kraftfuttermengeinsatz von 2.200 Kilogramm pro Kuh und Jahr im Falle einer Kraftfuttermengeerhöhung auf 1.000 Kilogramm pro Kuh und Jahr immer noch mit einer Herdenleistung von 7.300 bis 7.500 Kilogramm gerechnet werden kann. Allerdings ist bei einer so deutlichen Rücknahme des Kraftfutters auch mit einem leichten Rückgang des Milchweißgehaltes zu rechnen, so dass für eine ökonomische Bewertung den eingesparten Kraftfuttermengen nicht nur die geringere Milchleistung, sondern auch der etwas schlechtere Milchpreis sowie der höhere Grundfutterverbrauch gegenüberzustellen ist. Bei einer deutlichen Verringerung der Kraftfuttermenge reagieren die Einzeltiere einer Herde durchaus unterschiedlich: Einige Tiere werden ihre Leistung nur wenig verändern, andere werden eine deutlich geringere Leistung haben. Hier zeigt sich ein weiteres Problem der gegenwärtigen Fütterungspraxis: Die hohen Kraftfuttermengen machen es unmöglich, die besten

Krankheiten in Abhängigkeit von der Milchleistung

	Anzahl Tiere, die an ... erkrankt sind, pro 100 Tiere bei einer Milchleistung von ...	
	5.000 kg	10.000 kg
Lebendmasse	19	35
Labmagenverlagerung	15	26
Mastitis	18	23
Klauenerkrankungen	9	20
Genitalkatarrhe	6	12
Eierstockzysten	2	4



Den Kühen schmeckt das Gras, doch bekommen viele bis zu 50 Prozent ihres Futters als Kraftfutter.

Foto: Schimpf

heit und Fruchtbarkeit feststellen. In einer weiteren Untersuchung stellten Wissenschaftler fest, dass die Gruppe ohne Kraftfutter sogar eine um acht Tage kürzere Zwischenkalbezeit gegenüber der Gruppe hatte, die Kraftfutter nach Bedarf erhielt. Voraussetzung für diese Ergebnisse ist aber auch hier, dass die Milchkühe jederzeit Zugang zu einem ausreichenden Angebot an Grundfutter haben. Bei kraftfuterreduzierter Fütterung und Grundfutmangel werden die Tiere krank!

Zusammenfassung und Fazit

In der Milchviehfütterung sollte wieder stärker das Wesen der Wiederkäuer berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass Milchkühe wann immer möglich Weidgang haben müssen und dass die Rationszusammensetzung eindeutig grundfuterbetont zu sein hat. Kraftfutteranteile von 50 Prozent oder sogar darüber sind aus Sicht der Tiergesundheit absolut inakzeptabel.

Da aus einem Kilogramm Kraftfutter kaum mehr als ein Kilogramm Milch kommt, ist bei einer Reduzierung des Kraftfutters mit einem Milchleistungsrückgang in Höhe des Kraftfutterrückgangs zu rechnen. Bei steigender Leistung ist mit einer Verschlechterung der Tiergesundheit zu rechnen. Eine Verringerung des Kraftfuttereinsatzes kann auch in Herden mit hohen Leistungen zu einer Verbesserung der Tiergesundheit beitragen.

Voraussetzungen für gute Tiergesundheit und angemessene Milchleistungen bei geringem Kraftfuttereinsatz sind maximale Grundfutterversorgung, ausgeglichene Rationen, Vermeidung der Verfettung Altmelkender und Trockensteher, sorgfältige Überwachung von Gesundheit und Leistung sowie (langfristig) die Zucht auf „Grundfutterkühe“.

Christian Krutzinna und Franziska Köppl, Gh Universität Kassel, Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaft

Bestellcoupon für Hintergründe

Ich bestelle:

Der kritische Agrarbericht 2003: 21,- € _____ €

Der kritische Agrarbericht 2002: als CD oder auf der Homepage www.bauernstimme.de für 19,80 €:

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2001 zum Sonderpreis im Paket: _____ €

(2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)

Der kritische Agrarbericht 2001: 20,- € _____ €

Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe 5,- €, 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: _____ €

.... Expl. Bürgernetze statt Subventionen: 17,95 €: _____ € außerdem:

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

_____ €

Porto 2,75 €

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck

Summe _____ €

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ gegbf. email _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

Schweizer Kühe und Rinder in Mali

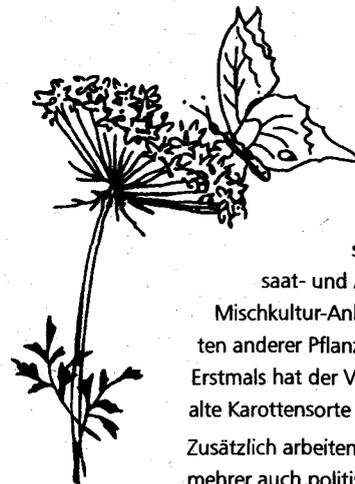
Für einen Kinoabend lohnt sich ein Abstecher ins bayerische Wasserburg am Inn. Denn nur dort ist der beim Filmfestival in Locarno 2000 zum ersten Mal gezeigte Film „Q – Begegnungen auf der Milchstraße“ in diesem Monat zu sehen. Das Kino Utopia zeigt den Streifen von Jürg Neuenschwander am 14., 16. und 18. Februar um 20.30 Uhr.

Drei Viehzüchter und Milchhändler aus Mali und Burkina Faso reisen in die Schweiz zu drei Berufskollegen im Seeland und im Berner Oberland. Zurück in der Heimat berichten sie von ihren Erfahrungen im Alpenland. Gängige Vorstellungen von Kuh und Milch, Markt und Fortschritt, Mensch und Natur geraten bei den Eidgenossen aber auch ihren afrikanischen Kollegen in Unordnung. Mit einer Mischung aus Abscheu und Bewunderung betrachten die Besucher die prall gefüllten Euter der Alpenkühe. Bei ihnen bedeutet Reichtum etwas anderes: dort zählt die Anzahl der Tiere, nicht ihr Gewicht.

„Wir haben nicht dieselben Probleme“, resümiert Amadou Dicko, der Züchter aus Burkina Faso. „Aber Probleme haben wir alle. Der Regisseur führt Interviews mit den Bauern, aber meist dokumentiert er deren Unterhaltungen, beispielsweise mit dem Schweizer Biobauer Ueli Hurter, der künstliche Besamung und intensive Bewirtschaftung ablehnt, und seinem Kollegen Hanspeter Heimberg, der genau das praktiziert und eifrig nach Exportmärkten Ausschau hält. Auch die Afrikaner sind unterschiedlicher Meinung. Während Amadou tief beeindruckt ist von den Milchfabriken, Tiefkühlagern und sonstigen Segnungen der Technik ist, betrachtet sein Bruder Hamadou diese Erregenschaften skeptischer.

„Ich habe zuerst einmal ganz einfach nach Themen gesucht, die in der Schweiz Bedeutung haben und genauso in einem anderen Land“, berichtet Regisseur Neuenschwander. „Da kam ich auf die Diskussion um die Liberalisierung des Milchpreises und des Käsemarktes in der Schweiz. Die Bauern hatten Angst. Die Milch wurde zum Thema. Daraufhin habe ich in die Ferne geschaut und gesucht, wo die Milch auch ein Thema ist. So kam ich auf die Sahelzone und auf die Peul, ein Hirtenvolk, das seit Jahrhunderten mit den Kühen lebt.“ la

Saaten und Taten 2003



Auch zur neuen Gartensaison gibt der Verein Dreschflegel wieder einen Saatgutkatalog der besonderen Art heraus. Das Sortiment der angebotenen biologischen Sämereien wächst und wächst: über 500 Sorten, allein über 17 ver-

schiedene Buschbohnsensorten. Aus-

saat- und Anbautipps sowie Hinweise zur

Mischkultur-Anbau der Pechnelke gegen Krankhei-

ten anderer Pflanzen ergänzen das Saatgut-Angebot. Erstmals hat der Verein eine Wiederezulassung für die

alte Karottensorte „Duwicker“ europaweit beantragt. Zusätzlich arbeiten die acht Züchter und Saatgutver-

mehrer auch politisch. Über eine Postkartenaktion an Bundeslandwirtschaftsministerin Künast soll die ge-

technische Verunreinigung von Saatgut verhindert wer-

den. Auf der Karte wird Renate Künast aufgefordert, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, keine Verunreinigungen bei Saatgut zu tolerieren und dass die Kosten der Kontrolle und Vorsorge der Trennung von den Gentechnikbetreibern getragen werden. Die Karte liegt dem Katalog bei.

Dreschflegel: Saaten und Taten 2003. 98 S., zu beziehen bei Dreschflegel, Postfach 1213; 37202 Witzhausen, Fax: 05542-502758; email: dreschflegel@biologische-saaten.de

Tödlicher Mais

„Keine Gegenwehr. Als sei er mit seinem Tod einverstanden gewesen“. So Kommissar Fehrens, als er den Hand-Georg Polding tot in seinem Büro findet, einen Maiskolben im Mund, ein rotes Stirnband um den Kopf. Ein spannender, intelligent-pfiffiger Krimi um den rätselhaften Mord an einem Gentech-Forscher. en

Tilo Ballien, Tödlicher Mais, Militzke-Verlag, Leipzig, 2001, 157 S., 11,25 Euro

(Klein) ANZEIGEN**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50- €. Alle Preise inkl. MWST. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50,- € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an:

„Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Harfm,

Suche/Biete

● Landwirt, 35 J., 1,76 gr., gesicherte Existenz, viels. interessiert, mit vierbeinigem Freund, sucht aus Mangel an Gelegenheit auf diesem Weg nette naturverb. Partnerin. PLZ 3. Zuschriften b. m. Bild. Chiffre BS 02/03-1

● FÖJ-Stelle im Verein für Permakultur und Selbstversorgung in Verden. Offizieller Bewerbungsschluss Nds.: Ende April. Beginn Sept. Der Permakulturrein betreibt ein 7 ha großes Gelände im Norden Verdens. Hier wird seit 98 ein Waldgartengelände aufgebaut zur Selbstversorgung und als vorzeigbares Modellprojekt. Die Planungen folgen den Prinzipien der Permakultur. Hintergrund ist der Versuch, eine nachhaltige Kultur auch in Mitteleuropa wieder aufzubauen. Die Gruppe versucht, gleichberechtigt zu arbeiten, und so bieten sich Freiwilligen im FÖJ volles Mitspracherecht und Selbstbestimmung. Infos ☎ 04231-957571 oder 0171-1565620

● Landwirtin sucht Stelle als Gärtnerin zum 01.03.03. ☎ 0174-8616418.

● AckerbauerIn und BäckerIn gesucht von Hofgem. Arpshof, die sich verantwortlich bei uns einleben und mitge-

stalten wollen. Demeter südwestl. v. Hamburg. 95 ha, Milchvieh, Schweine, Gemüse, Veredelung (Holzbackofen), Direktverm., Ausbildung. Ralf Hillermann: ☎ 04165-80505

● Gut laufender Bioland-Pachthof in schöner Mittelgebirgslage (140 ha) mit Reitbetrieb (Isländer), Mukuhs mit DV und Ackerbau sucht wegen Ausstieg eines Gesellschafters Einsteiger (mögl. Familie mit Kindern). Landw. Ausbildung, Erfahrung in Pferde- und Rinderhaltung und Kapital nötig. Wohnr. vorh., spätere vollst. Übernahme mögl. ☎ 06853-1679, biohofmlsbach@t-online.de

● Drei Generationen auf einem Hof – Landwirtschaft und „betreutes Seniorenwohnen“. Wir suchen Anschluss an einen Hof, der offen ist für neue Ideen, offen für neue Mitmenschen. Dort wollen wir gemeinsam mit unseren Kindern und 5 – 8 Senioren wohnen und in Land- und Hauswirtschaft tätig sein. Dafür werden wir ca. 500 m² Wohnraum bauen und geeignete Arbeitsbereiche (Schafe, Obst, Schweine, Bienen, Verarbeitung, Vermarktung) schaffen. Fam. Bertuleit, ☎ 05542-4650, email: bertuleit@wiz.uni-kassel.de

AUSSCHREIBUNG

Die „ALLIANZ FÜR TIERE IN DER LANDWIRTSCHAFT“

bestehend aus:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Deutscher Tierschutzbund e.V.
Schweisfurth-Stiftung
Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)

vergift im Jahr 2003 erstmalig den

**PRO TIER
FÖRDERPREIS FÜR ARTGERECHTE
NUTZTIERHALTUNG**

Ausgezeichnet werden Betriebe in Deutschland, die ihrer mitgeschöpften Verantwortung gerecht werden und Vorbildliches leisten bei der Haltung, Zucht und Fütterung landwirtschaftlich genutzter Tiere.

Der Preis richtet sich mit seinen Tierschutz-, Umweltschutz- und Verbraucherschutzanliegen gleichermaßen an ökologisch wie konventionell wirtschaftende Betriebe, die besonders tieregerechte Lösungen für die landwirtschaftliche Nutztierhaltung in der Praxis umsetzen.

Das Preisgeld beträgt

10.000 Euro

Der Förderpreis wird am 23. September 2003 durch Bundespräsident Johannes Rau übergeben.

Bewerbungsfrist ist der

30. April 2003

Rechtlicher Träger des Förderpreises ist die Schweisfurth-Stiftung.

Die Bewerbungsunterlagen sind erhältlich über Dr. Manuel Schneider, Projektbüro make sense! Valleystr. 36 Rgb., 81371 München, Fax 089 / 76 75 89 56, info@make-sense.org

Veranstaltungskalender**Ökologischer Gemüseanbau**

03. Februar, Hamburg

Die Landwirtschaftskammer Hamburg führt ab acht Uhr eine Exkursion zum Thema ökologischer Gemüseanbau durch. Infos bei der Landwirtschaftskammer, Dirk Scholz, ☎ 040-78129128

Ökologischer Weinbau

03. bis 06. Februar, Bollschweil bei Freiburg i. Br.

Ein Einführungsseminar macht Winzer mit der Bodenbearbeitung, Düngung und Pflanzenschutz im ökologischen Anbau von Wein vertraut. Die Teilnahme kostet bei Einzelunterbringung 240, im Doppelzimmer 210 €.

Anmeldung: Katholische Landvolkshochschule St. Ulrich, ☎ 07602-91010, Fax: -910190

Biogas

04. bis 06. Februar, Borken

Der Fachverband Biogas beschäftigt sich auf seiner Jahrestagung unter anderem mit Bodenschutz, aktuellen Rechtsfragen für Betreiber von Biogas-Anlagen und Immissionen.

Infos über Preise und Anmeldung: Fachverband Biogas e.V., ☎ 08161-984660, Fax: -984670

Regionalentwicklung

06. bis 07. Februar, Iserlohn

„Regionen zukunftsfähig machen“ will das Zentrum für ländliche Entwicklung des NRW-Landwirtschaftsministeriums. Dazu sind zwei Tage lang Referate und Debatten über verschiedene Ansätze der Regionalförderung geplant. Die Teilnahme kostet am ersten Tag 16, am zweiten Tag 10 €, die Übernachtung 20 €.

Tagungssekretariat: Gabriele Huckenbeck, ☎ 02371-352145, Fax: -352169

Strukturwandel in der Landwirtschaft

07. bis 09. Februar, Rehburg Loccum

Die Alltagsbewältigung zwischen Subventionen, Agrarwende und Höfesterben ist Thema der Landwirtschaftstagung der Evangelischen Akademie Loccum. Erörtert werden sollen praktische Probleme beim Umgang mit Subventionen, Vermarktung und Qualitätssicherung. Infos: Evangelische Akademie Loccum, ☎ 05766-810, Fax: -900

Familienseminar

08. bis 09. Februar, Waldenburg

Zoff in Haus und Hof? Bäuerinnen und Bauern sind eingeladen, die schon zu biblischen Zeiten dokumentierten Familienkonflikte mithilfe eines Seminars zu bewältigen.

Infos: Ländliche Heimvolkshochschule Hohebuch, ☎ 07942-1070

Scheunenpartys

10. Februar, Rendsburg

Der Bauernhof als Feierort? Über die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzung, den eigenen Hof für Geburtstage, Hochzeiten oder anderes zu nutzen, informiert die schleswig-holsteinische Landwirtschaftskammer in einem ganztägigen Seminar, das inklusive Verpflegung und Unterlagen 70 € kostet.

Anmeldung: Heiderose Schiller, Landwirtschaftskammer, ☎ 0431-9797238

Öko-Energie-Messe

14. bis 16. Februar, Böblingen

Zum 6. Mal versammelt sich die Branche der regenerativen Energie im Congress-Centrum Böblingen. Insgesamt 21 Tagungsblöcke von Altbausanierung bis Windenergie werden geboten

Infos: Erneuerbare Energien Kommunikations- und Informationsservice, ☎ 07121-30160, Fax: -3060100

Perspektiven für den Getreidemarkt

19. bis 20. Februar, Hüllhorst

Das Referat Ländlicher Raum und der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband organisieren eine Fachtagung zu den Themen Zukunft des EU-Getreidemarktes, Getreidequalität und alternative Nutzung von Getreide. Die Teilnahme kostet ohne Übernachtung 12 € zuzügl. 60 € Tagungsgebühr.

Anmeldung bis 10. Februar bei der Ev. Bildungsstätte Haus Reineberg, ☎ 05744-93070, Fax -4452

Gemüse-Selbsternte

22. Februar, Witzenhausen

Bei der Gemüse-Selbsternte „mieten“ interessierte Menschen kleine Parzellen mit 25 verschiedenen Gemüsearten für eine Saison, und ernten und verkaufen anschließend das auf ihrer Parzelle Gewachsene. Über den Einstieg in die Gemüse-Selbsternte können Betriebe sich in einem Workshop von 11 bis 17 Uhr auf dem Versuchsgut der Universität Kassel, der Domäne Frankenhausen, informieren. Infos: Katharina Mittelstraß, Universität Kassel, Fachgebiet Ökologischer Land- und Pflanzenbau, ☎ 05542-981528

Direktvermarktung

22. bis 24. Februar, Hannover

Schwerpunkt der diesjährigen „Direkt Markt“-Messe in Hannover sind neue Verkaufs- und Vermarktungsstrategien rund um den Hofladen. Eine Tageskarte für die von neun bis 17 Uhr geöffneten Hallen kostet 11 €.

Infos: Fachausstellungen Heckmann, Bettina Zinter, ☎ 0511-9909510.

Workshop für Milchviehalter

18. Februar Oberegg (Allgäu), 25. Februar Steingaden (Oberbayern)

Ist mein Stall optimal geplant? Das fragen sich viele Milchviehalter vor einem Stallneubau oder Umbau. Bei dem Workshop des Bioland Landesverband Bayern bekommen bauwillige Landwirte Tipps zu ihrem Vorhaben. Teilnehmer der beiden identischen ganztägigen Veranstaltungen zahlen 80 €, Bioland-Mitglieder die Hälfte.

Anmeldung: Maria Lotter, ☎ 0821-34680138

ABL und BUND tagen

27. Februar, Güstrow

Die gemeinsame Wintertagung des BUND Mecklenburg-Vorpommern mit dem ABL-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern steht unter dem Motto „Zukunftsfähige Landwirtschaft – nachhaltig und wettbewerbsfähig“. Unter anderem wird BMVEL-Staatssekretär Matthias Berninger über die Folgen der EU-Politik für die ostdeutsche Landwirtschaft sprechen. Die Teilnahme an der Tagung im Bürgerhaus Güstrow kostet inklusive einer Bio-

Mahlzeit 20 €.

Anmeldung: BUND-Landesgeschäftsstelle Schwerin, ☎ 0385-565470, Fax -563661

Systemstellungen in der Landwirtschaft

7./8., 13./14. und 22./23. März, Kassel

Landwirtschaftliche Betriebe unterliegen Wandlungen, sei es bei Hofübergabe, Anpassung an neue Marktsituationen oder die Umstellung auf ökologischen Landbau. Bei der für die Familientherapie entwickelten Methode der sogenannten Systemstellung fungieren Teilnehmer als Vertreter wichtiger Personen, die nicht anwesend sind. An drei Terminen im März erhalten alle Interessierten Gelegenheit, diese Methode für 80 € inkl. Übernachtung und Verpflegung zwei Tage lang auszuprobieren. Veranstalter ist die Universität Kassel in Zusammenarbeit mit dem Büro für Agrar- und Regionalentwicklung.

Infos und Anmeldung: Büro für Agrar- und Regionalentwicklung, Andrea Fink-Keßler, ☎ 0561-27224.

Sozialversicherung für Bauern

08. März, Neu-Ulm

Die ABL-Landesverbände von Bayern und Baden-Württemberg veranstalten in Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung eine Fachtagung zum Thema „Zukunft der Sozialversicherungen in der Landwirtschaft“. Ort ist das Zentrum für Familie, Umwelt und Kultur im Kloster Roggenburg bei Neu-Ulm.

Anmeldung: Andy Rempelberger, ☎ 08679-6474, Fax -9130145

Milchtagung von ABL, KLB und Uni/Gh Kassel

Mo., 10. März 2003, 9.30 – 16.30 Uhr, LVHS Hardehausen bei Warburg/Westfalen.

Wie sind die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission zur Entwicklung der Milchmarktordnung aus bäuerlicher Sicht zu bewerten? Neben den Auswirkungen der EU-Kommissionspläne geht es um die Lage am Markt für Biomilch und den Nutzen des Grünlandes für Tiergesundheit und Milchqualität sowie die Zukunft der Mastitisbekämpfung.

Info: ABL, ☎ 02381-9053171, oder Uni/GH Kassel, AG Ländliche Entwicklung, ☎ 05542-981668

Mitgliederversammlungen

09. März, Verden

Um zehn Uhr beginnt die Frühjahrstagung des Landesverbandes Niedersachsen in der Gaststätte „Im Grünen Jäger“ in Verden. Thema: Diskussion mit der neuen Landesspitze im Agrarbereich, ab 13.30 Uhr dann Mitgliederversammlung mit Neuwahlen.

Kontakt: ☎ 04244-966725

Am gleichen Tag findet auch die Mitgliederversammlung des Baden-Württemberg statt. Ort und Uhrzeit werden noch bekannt gegeben.

Infos: ☎ 07352-8928



Wer die Rechtsberatung in Anspruch nehmen möchte, wendet sich bitte an die ABL-Geschäftsführung, Georg Janßen, ☎ 04131-407757, oder an die ABL-Geschäftsstelle in Hamm, Ulrich Jasper, ☎ 02381-9053171.

Rechtsberatung für ABL-Mitglieder

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat eine neue Dienstleistung eingerichtet. In Zusammenarbeit mit einem renommierten Anwaltsbüro für landwirtschaftliche Rechtsfragen bietet sie für jedes AbL-Mitglied eine erste Rechtsberatung an.

Die Beratung durch das Anwaltsbüro umfasst vorgerichtliche, telefonische Beratungsgespräche mit dem Anwalt sowie eventuelle außergerichtliche Korrespondenz, sofern sich diese auf das Entwerfen von Schriftsätzen beschränkt. Ausgenommen sind Schreiben oder Schriftstücke, die an ein Gericht im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens gerichtet sind.

Die anwaltliche Beratung selbst ist für AbL-Mitglieder kostenfrei. Die AbL stellt bei Inanspruchnahme der Rechtsberatung 15,00 Euro in Rechnung.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
 Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
 Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
 Plön: Matthias Stührwaldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
 Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422
 Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
 Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
 Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
 Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
 Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
 Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
 Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
 Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
 Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
 Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
 Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
 Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
 Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
 Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
 Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
 Regionalverband Eifel: Hermann Böttel, Holzturner Str. 6, 54636 Wolsfeld, ☎ 06568/7067, Fax: 06568/7011
 Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
 Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
 Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
 Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584
 Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
 Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
 Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
 Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
 Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
 Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
 Landesverband: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: ABL-Bayern@web.de
 Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
 Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
 Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach, Hans Urbauer ☎ 08628-634, Ute Gasteiger ☎ 08039-1635
 Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
 Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400, Fax: 038453/52131
 Vorpommern: Albert Wittneben, Oberstriet 4, 17089 Grischow, ☎ 039604/26856

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758
 Arbeitskreis Frauen: Maria Heubuch, Luttsolsberg 8, 88299 Leutkirch, ☎ 07561-5937
 „Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreiensen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com
 AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenottebrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446
 Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960
 Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org
 Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de
 Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133
 Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945
 IG-Boden, Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax: 03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinnemann, ☎ u. Fax: 038331-80024; (Brandenburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50 € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 € | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |

Mitgliedsadresse:

Name Vorname

Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.
 Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • Bankverbindung: Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • Redaktion: Leif Allendorf, Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 15. des Vormonats) • Abonnementpreis: 36,- € jährlich • Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich) • Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge bitte direkt an den Verlag • Verlag: ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221 • Bankverbindung: Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Es hatte geschneit. Wir holten unsere Schlitten aus der Diele und freuten uns, es mal wieder geschafft zu haben, Papa zu überreden, unsere Schlitten hinten an den Trecker zu binden und uns zu ziehen. Meine Schwester Nora hatte eine Freundin eingeladen und ich zwei. Nun waren wir mit meinen Geschwistern sieben Kinder, also auch sieben Schlitten. Es dauerte zwar noch ein bißchen, bis Papa kam, aber das machte uns nur wenig aus. Wir gingen mit unserem Welpen Zwieback auf die Wiese, auf der Papa uns ziehen würde, und rodelten den Berg hinunter.

Bald hörten wir, wie Papa das Hallentor aufschob und den roten Trecker heraus fuhr. Er fuhr auf die Wiese, hielt an und band unsere Schlitten hinten dran. Wir setzten uns rauf und los ging's. Langsam fuhr Papa kreuz und quer über die Wiese. Trotzdem fielen wir sehr oft runter, doch meistens mit Absicht. Wir kugelten durch den Schnee und lachten uns fast weg, aber zum Glück eben nur fast. Nora, mein Bruder Peer und ich blieben dann im Schnee sitzen, bis Papa mit dem Trecker weiter gefahren war (er blieb nämlich immer stehen, wenn wir runter fielen). Dann rannten wir hinterher



Schlittenfahren hinter dem Trecker

Winterfreuden eines Hofkinds

und sprangen auf unsere Schlitten. Doch manchmal, wenn wir rannten, fuhr Papa extra schnell, nur um uns zu ärgern. Doch trotzdem schafften wir es, auf unsere Schlitten zu springen. Nur bei Papas Kreisen, Kringeln und Achten kippten wir immer völlig unabsichtlich um. Schließlich brüllte er, wir sollten mit

Runde!“ Er fuhr noch eine Runde (extra noch mal den Berg runter) und runter von der Wiese auf den Hof. Dort hielt er an, kletterte vom Trecker runter und band die Schlitten ab. Dann ging er in den Stall und wir in die Küche zum Kekse essen.

dem absichtlichen Umfallen sofort aufhören, denn sonst habe er Besseres zu tun als uns zu ziehen, nämlich in den Stall zu gehen und die Kühe zu versorgen. Wir bemühten uns also, nicht mehr umzufallen und statt dessen zu rufen: „Schneller, schneller ...“

Zwieback sprang die ganze Zeit bellend nebenher, blieb stehen und rannte wieder hinterher. Plötzlich hatte ich eine Idee. Ich saß nämlich auf dem hintersten Schlitten und der hatte eine Lehne. Ich nahm Zwieback auf den Schoß und merkte, wie sie zitterte, also ließ ich sie wieder frei. Wenn unser Vater den Berg runter fuhr (was er sehr oft tat), waren die beiden letzten schon neben dem ersten Schlitten. Dann schrie Papa: „So, das ist jetzt die letzte

Marie Stührwoldt, 9 Jahre

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858
Abl. Bauernblatt Verlags GmbH
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für wilde Fahrten

2/2003

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €, - im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31
oder FAX 02381- 492221